

Abonnements-Bedingungen:
Abonnement-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 2.50 RM., monatlich 1.10 RM.,
wöchentlich 25 Pf., frei ins Haus.

Vorwärts

Die Interfons-Gebühr
Betragt für die sechsstelligen Kolonial-
zeile oder deren Raum 60 Pf., für
politische und gesellschaftliche Vereins-
und Benennungs-Anzeigen 30 Pf.,
„Kleine Anzeigen“, das festgesetzte
Wort 20 Pf., (zuzüglich festgesetzte
Worte), jedes weitere Wort 10 Pf.,
Stellengröße und Schließstellenman-
agen das erste Wort 10 Pf., jedes
weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buch-
staben zählen für zwei Worte. Interfons
für die nächste Nummer müssen bis
5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Ercheint täglich.

Berliner Volksblatt.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.
Donnerstag, den 18. Februar 1915.
Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Nach dem Siege in Ostpreußen ein Erfolg in Galizien.

Erhöhte Kampfestätigkeit an der Westfront. - Deutschlands Antwort an Amerika.

Die Meldung des Großen Hauptquartiers

Am 17. Februar 1915. Großes Hauptquartier, den 17. Februar 1915. (W. L. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Offenbar veranlaßt durch unsere großen Erfolge im Osten, unternahmen Franzosen und Engländer gestern und in der vergangenen Nacht an verschiedenen Stellen besonders hartnäckige Angriffe.

Die Engländer verloren bei gescheiterten Versuchen, ihre am 14. 2. verlorenen Stellungen wiederzugewinnen, erneut vier Offiziere, hundertsechzig Mann an Gefangenen.

Nordöstlich Reims wurden feindliche Angriffe abgewiesen; zwei Offiziere, 179 Franzosen ließen in unserer Hand.

Besonders starke Vorstöße richteten sich gegen unsere Linien in der Champagne, die mehrfach zu erbitterten Nahkämpfen führten. Abgesehen von einzelnen kurzen Abschnitten, in die der Feind eingedrungen ist und in denen der Kampf noch andauert, wurden die feindlichen Angriffe überall abgewiesen. Etwa 300 Franzosen wurden gefangen genommen.

In den Argonnen setzten wir unsere Offensive fort, eroberten weitere Teile der feindlichen Hauptstellung, machten 350 Gefangene und eroberten zwei Gebirgsgeschütze und sieben Maschinengewehre.

Auch im Prießnerwald (nördlich Toul) sind kleinere Erfolge zu verzeichnen; dabei wurden zwei Maschinengewehre genommen.

Von der Grenze der Reichslande nichts Neues.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Nördlich der Memel sind unsere Truppen dem überall geworfenen Gegner in Richtung Tauroggen über die Grenze gefolgt.

In dem Waldgebiet östlich Augustow finden an vielen Stellen noch Verfolgungskämpfe statt.

Die von Lomza nach Kolno vorgegangene russische Kolonne ist geschlagen, 700 Gefangene, sechs Maschinengewehre fielen in unsere Hand. Ebenso wurde eine feindliche Abteilung bei Grajewo auf Ossowiez zurückgeworfen.

In der gewonnenen Front Plozk-Racionz (in Polen nördlich der Weichsel) scheinen sich hartnäckigere Kämpfe zu entwickeln. Aus Polen südlich der Weichsel nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. Februar. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart: 17. Februar 1915, mittags:

Nach zweitägigen Kämpfen wurde gestern spät nachmittags Kolomea genommen. In den südlich der Stadt bei Kuczow-W. und Ryszyn seit dem 15. andauernden Kämpfen machten die Russen sichtlich große Anstrengungen, die Stadt zu behaupten. Zahlreiche Verstärkungen wurden von ihnen herangeführt. Heftige Gegenangriffe auf unsere vordringenden Truppen mußten beiderseits der Straße mehrmals zurückgeschlagen werden, wobei durch gute eigene Artilleriewirkung dem Feinde große Verluste beigebracht wurden. Um 3 Uhr nachmittags gelang es durch allgemeinen Angriff, den Gegner trotz erbitterter Gegenwehr aus seiner Stellung vor der Stadt zu werfen und in einem Zuge mit den fliehenden Kolomea zu erreichen. Die Zerstörung der Pruth-Brücke wurde verhindert, die Stadt von den fliehenden Russen gesäubert und besetzt. 2000 Gefangene und mehrere Maschinengewehre, zwei Geschütze fielen in unsere Hände.

Im Karpathenabschnitt bis in Gegend von Wyszow dauern die Kämpfe mit großer Hartnäckigkeit an. Weitere 400 Gefangene sind eingebracht. An der Front in Russisch-Polen-Westgalizien war nur Geschützkampf im Gange. Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes von Hofer, Feldmarschalleutnant.

Die Londoner Konferenz.

Amsterdam, 16. Februar. (Privatelegramm des „Vorwärts“.)

Die Londoner Konferenz umfaßte 40 Delegierte, darunter für Frankreich Sembat, Renaudel, Braque, Longuet, Vaillant, Compère-Morel und Thomas. Die Konföderation der französischen Gewerkschaften, welche zum ersten Male an einer sozialistischen Konferenz teilnahm, vertraten Jouhaux und Wertheim. Belgien war vertreten durch Vandervelde und Lafontaine, England durch Henderson, Macdonald, Anderson, Lodge, Clynes und Bruce Glasier. Die Engländer waren am stärksten vertreten. Dagegen nennt der offizielle Bericht von Russen nur Rubanowitsch, den Vertreter der Sozialisten-Revolutionäre. Demnach scheinen russische Sozialdemokraten nicht teilgenommen zu haben. (Nach anderen Berichten waren die Russen durch sechs Delegierte vertreten; es ist auch bekannt, daß die eine Richtung der russischen Sozialdemokratie die Genossen Axelrod, Martoff und Trotsky nach London delegiert hatte. Ann. der Red. des „Vorwärts“.)

Keir Hardie führte den Vorsitz. Die Konferenz nahm eine von einer Kommission ausgearbeitete Erklärung an. Diese anerkennt, daß der Weltkrieg das Produkt kapitalistischer Gegensätze, der Kolonialpolitik und des Imperialismus ist, wofür alle Regierungen die Verantwortung mittragen. Die Invasion Belgiens und Frankreichs bedrohe die Unabhängigkeit der Nationen und die Vertragstreue. Unter diesen Umständen wäre ein Sieg des deutschen Imperialismus die Niederlage der europäischen Demokratie und Freiheit. Die Sozialisten der verbündeten Länder beabsichtigen nicht die politische oder wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands; sie führen nur Krieg mit den Regierungen, nicht mit den Völkern; sie fordern die Befreiung und Entschädigung Belgiens, die Lösung der Polenfrage gemäß den Wünschen des Polenvolkes und das Recht für alle gewalttätig annektierten Bevölkerungen über sich zu disponieren. Entschlossen, bis zum Siege zu stehen, sind sie nicht weniger entschlossen, der Verwandlung des Krieges in einen Eroberungskrieg zu widerstehen. Der Sieg der verbündeten Mächte werde ein Sieg der Völkerfreiheit und des Weltfriedens sein.

Die Erklärung enthält einen weiteren Passus gegen die Geheimdiplomatie, gegen die Waffenindustrie und für internationale Schiedsgerichte, sie schließt sich den Protesten gegen die Verhaftung der Dumanmitglieder, gegen die Unterdrückung der russischen sozialdemokratischen Presse und die Unterdrückung der Finnländer, der Juden, sowie der Polen an.

Der Protest gegen die Jarenpolitik bedeutet eine unverkennbare Ablehnung des von Sembat auf der Pariser Parteikonferenz ausgegebenen Schlagworts, der keine Intervention in der russischen Inlandspolitik wünscht. „Times“ berichten, daß eine gewisse Gruppe der russischen Sozialdemokraten die Einladung zur Teilnahme an dieser Konferenz ablehnte, indem sie dagegen protestierte, daß nur Vertreter der verbündeten Länder eingeladen waren.

Die französische bürgerliche Presse bringt noch ausführlichere, aber natürlich unzuverlässige Berichte aus den Verhandlungen, von denen die Presse ausgeschlossen war. Das Pariser „Journal“ schreibt nach der Wiedergabe im „Berl. Tagebl.“, die Konferenz sei geheim gehalten worden, weil verhütet werden sollte, daß gewisse Meinungsverschiedenheiten Deutschland bekannt werden würden. Schon Sonnabend, in den Vorbesprechungen, platzten die Vertreter aufeinander. Die Franzosen vertraten den Standpunkt, daß das deutsche Volk durch Zusage der Unantastbarkeit seiner Integrität veranlaßt werden könne, zur Beendigung des nur dem deutschen Militarismus geltenden Krieges den Frieden zu verlangen. Die Engländer waren uneinig. Einige, wie Ramsay MacDonald und Keir Hardie, verurteilten unbedingt die Kriegspolitik der englischen Regierung, andere billigten den Krieg und traten sogar als Freiwillige ins Meer ein. An der Sonntagskonferenz nahmen zweiundvierzig Delegierte, nämlich sechzehn Franzosen, acht Belgier, zwölf Engländer, sechs Russen teil. Die Diskussion war zeitweise sehr heftig. Den Vorsitz führte Keir Hardie. Als die angeblichen deutschen

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Neuntage-Schlacht.

Amtlich. Großes Hauptquartier, den 16. Februar 1915, abends.

(W. L. B.) In der neuntägigen „Winterschlacht in Masuren“ wurde die russische 10. Armee, die aus mindestens elf Infanterie- und mehreren Kavalleriedivisionen bestand, nicht nur aus ihren hartverkauften Stellungen östlich der mosurischen Seenplatte vertrieben, sondern auch über die Grenze geworfen und schließlich in nahezu völliger Einkreisung vernichtend geschlagen. Nur Reste können in die Wälder östlich von Suwalki und von Augustow entkommen sein, wo ihnen die Verfolger auf den Fersen sind. Die blutigen Verluste des Feindes sind sehr stark, die Zahl der Gefangenen steht noch nicht fest, beträgt aber sicher weit über fünfzigtausend. Mehr als vierzig Geschütze und sechzig Maschinengewehre sind genommen, unübersehbares Kriegsmaterial ist erbeutet. Seine Raschheit der Kavallerie wühlte den entscheidenden Befehl in der Mitte unserer Schachlinie bei. Der Sieg wurde durch Teile der alten Osttruppen und durch junge, für diese Aufgabe herangeführte Verbände, die sich den altbewährten Kameraden ebenbürtig erweisen haben, errungen. Die Leistungen der Truppen bei Überwindung widrigster Witterungs- und Begeverhältnisse im Tag und Nacht fortgesetzten Marsch und Gefecht gegen einen zähen Gegner sind über jedes Lob erhaben.

Generalfeldmarschall v. Hindenburg leitete die Operationen, die von Generaloberst v. Eichhorn und General der Infanterie v. Below in glänzender Weise durchgeführt wurden, mit alter Weisheit. Oberste Heeresleitung. (Bereits in dem größten Teil der Mittwochsausgabe gemeldet.)

Die französische Presse über den russischen Rückzug.

Paris, 16. Februar. (W. L. B.) Der größte Teil der Presse übergeht den russischen Rückzug aus Ostpreußen mit Schweigen. Die anderen Blätter erklären, der Rückzug erfolge nur, um die Deutschen in besseren Stellungen besser schlagen zu können. „Echo de Paris“ schreibt, alles beweise, daß die Deutschen zu ihrer Offensive kein Vertrauen haben. Die Russen führten ihre Operationen mit bewundernswürdiger Geschwindigkeit und Kühnheit aus. „Liberté“ führt aus, der deutsche Tagesbericht sei schon dadurch unglaubwürdig, daß er nicht einmal den Ort nenne, wo angeblich der Erfolg errungen wurde. Uebrigens sei der Schlüsselpunkt der ganzen Stellung in Galizien und den Karpathen. „Petit Parisien“ glaubt, daß bisher nur Teilmaktionen stattgefunden, daß aber anscheinend ein großer Zusammenstoß erfolgt sei. Hindenburg hoffe vielleicht, den russischen Flügel in Ostpreußen und in der Bukowina zu umfassen. Eine solche Operation sei gigantisch, doch sei es mehr als zweifelhaft, ob die Mittel, über die Hindenburg verfüge, genügend seien, um einen derartigen Plan durchzuführen. — Nur „Humanité“ und „Radical“ geben zu, daß die russische Armee in Ostpreußen in vollem Rückzuge begriffen ist. „Radical“ fügt hinzu, man müsse die Meisterhaftigkeit bewundern, mit der Hindenburg das Eisenbahnen auszunutzen. Der Vorstoß könne Hindenburg einen großen Erfolg sichern, wenn die Russen nicht genügend Widerstand leisten. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der gestrigen Auflage.)

General Pau in Rußland.

Frankfurt a. M., 17. Februar. (W. L. B.) Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Athen folgende Havas-Meldung übermittelt: General Pau ist auf der Reise nach Rußland gestern abend an Bord eines französischen Torpedojägers hier eingetroffen.

Ausführungen in Belgien erwähnt wurden, protestierte MacDonald, da die Verichte darüber keinen Glauben verdienen. Die russischen Delegierten äußerten die Befürchtung, ein glücklicher Krieg werde die Reaktion in Rußland stärken. Die Franzosen, besonders Baillant und Minister Sembat, bemühten sich, die Hörer von der Notwendigkeit der Fortsetzung des Krieges zu überzeugen. Im gleichen Sinn sprach der Belgier Vandervelde. Nach langen Wortkämpfen nahm die Konferenz abends 8 Uhr die oben erwähnte Resolution an.

Die Beschlüsse werden von der politischen Pariser Presse allgemein streng beurteilt. Die großen Zeitungen brandmarken die Anwesenheit des Ministers Sembat auf dem Kongress. Was Guesde anbetrifft, so war man so glücklich, ihn überzeugen zu können, daß er krank sei. (Guesde ist in Wirklichkeit seit langem schwer leidend und konnte nur mit Mühe an der Pariser Parteikonferenz teilnehmen, die er vorzeitig verlassen mußte. Red. d. B.). Man zeigt sich in Paris gekränkt, daß Männer wie Keir Hardie sich als Gegner der Teilnahme Englands am Kriege gezeigt hatten, während MacDonald erludete, nicht von den deutschen Ausschreitungen in Belgien zu sprechen, da diese nicht absolut feststünden. Die reservierte Haltung dieser beiden Delegierten trägt ihnen Verleumdungen seitens der gewissen Pariser Blätter ein. Der „Tempo“ erklärt, es sei betrübend, daß Guesde Anhänger einer Politik sei, die keine Spur mehr von Massenantagonismus lasse, aber einzig den Klassenantagonismus feststelle; das Blatt wünscht, daß die Delegierten in London sich lieber des Ausspruchs des deutschen Kaisers erinnern hätten, „ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche“. Bitter empfinden es die französischen Zeitungen, daß ein Vertreter der Regierung dem Londoner Kongress beigewohnt, und fragen empört, ob den kollektivistischen Sozialisten, welche den Dummeitern von London haben bestimmen können, noch Platz in einem Ministerium der nationalen Verteidigung zu reservieren sei. „In Frankreich“, ruft „Libre Parole“, haben alle Parteien abgerüstet, alle verschwunden, alle schweigen, nur die sozialistische Partei tritt zusammen, handelt, redet kreuz und quer, und um diese Haltung zu ermutigen, hat man die Inkonsequenz begangen, ihr zwei Portefeuilles anzuvertrauen, zur selben Zeit, wo davon die Rede war, die heilige Einmütigkeit herzustellen.“ Auch der „Tempo“ findet, daß der Platz der Herren Sembat und Guesde nicht mehr in der Regierung sei. Das auf dem Londoner Kongress erzielte Resultat befriedigt die französische Presse keineswegs. In der Erklärung der Sozialisten, daß sie nicht mit dem deutschen und österreichischen Völkern Krieg führten, erblickt sie einen Verrat, und das erregt in der öffentlichen Meinung die äußerste Unzufriedenheit.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. Februar. (B. L. B.) Amtlich wurde gestern nachmittag um 3 Uhr bekannt gegeben: Die englischen Truppen eroberten gestern zwei Abschnitte der Schützengraben zwischen Saint Eloi und dem Herkanal zurück, welche sie am Tage zuvor verloren hatten. An der Front der französischen Armee verlief der 15. Februar im ganzen ruhig. Infanteriegefechte wurden nicht gemeldet. Die sehr bedeutenden Erfolge unserer Artillerie werden bestätigt.

Paris, 17. Februar. (B. L. B.) Gestern abend elf Uhr wurde bekanntgegeben: Auf der ganzen Front war um der 16. Februar günstig. In Belgien Artilleriekampf. Ein französisches Flugzeuggeschwader bombardierte Ostende. Südlich Ypern sieht die englische Armee seit zwei Tagen in ziemlich lebhaftem Kampf. Zwischen Duse und Wisne bei Bailly sehr wirksames Feuer unserer Artillerie auf Automobiltransporte, Truppenansammlungen und Minenwerfer. Im Abschnitt von Reims rücken wir bei Loivre vor. In der Champagne nahmen wir auf der Front von nordwestlich Perthes bis nördlich Beau-Séjour ungefähr 3 Kilometer deutscher Schützengraben ein und machten mehrere Hundert Gefangene, darunter fünf Offiziere. In den Argonnen fanden von Jour de Paris bis westlich Voureuilles Infanteriekämpfe statt. Der Kampf dauerte unter günstigen Bedingungen fort. Nordwestlich von Pont-a-Mousson im Bois-le-Prêtre nahmen wir mehrere feindliche Blockhäuser.

Vom Luftkrieg in Flandern.

Amsterdam, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Heute 11 Uhr erschien über Amsterdam ein schnell nördlich treibendes Luftschiff, vermutlich ein neuer französischer Typus, von dem die Laxe herabhangen. Es war kein bemanntes Luftschiff. Das „Handelsblad“ meint, es sei ein fortgerissener Fesselballon gewesen. Ein Schiffsbesatzungswächter auf den nordholländischen Inseln bemerkte, daß der

Wind die Form des offenbar stark entleerten Ballons fortwährend veränderte. Daher entstammen wohl die Gerüchte, die von einem Zeppelin sprachen. Das Luftschiff sank so tief, daß es die an der Amsterdamer Gemeindegrenze befindlichen Telegraphenleitungen schwer beschädigte.

Manche vermuten einen Zusammenhang mit dem Geschwaderflug der englischen Flugzeuge gegen Zeebrügge.

Ein holländisches Torpedoboot brachte gestern in Vlissingen ein in der Westerschelde treibendes Wasserflugzeug mit dem Leutnant Murray ein, der erklärte, einigemal durch Feindeskugeln getroffen und heruntergeschossen zu sein. Das Flugzeug wurde bombenlos angetroffen.

Auszeichnung des Generalstabschefs.

Berlin, 17. Februar. (B. L. B.) Seine Majestät der Kaiser hat dem Chef des Generalstabes des Feldheeres, General der Infanterie v. Falkenhahn, in Anerkennung seiner Verdienste um den Sieg in Masuren den Orden Pour le Mérite verliehen.

Der Seekrieg.

Die deutsche Antwort an Amerika.

Die Ankündigung des verschärften Handelskrieges gegen England, der bekanntlich heute am 18. Februar mit allen Mitteln des modernen Seekrieges — Unterseeboote, Minen, Wasserflugzeuge usw. — einsetzt, hatte eine Note gezeitigt, die die Regierung der Vereinigten Staaten an Deutschland gerichtet hat. Als Antwort darauf ist jetzt eine Note der deutschen Regierung erfolgt, die ihren Standpunkt sehr bestimmt und ausführlich rechtfertigt.

Den Wortlaut der deutschen Note finden unsere Leser in der 1. Beilage der heutigen Nummer.

Ein englischer Handelsdampfer versenkt.

Le Havre, 17. Februar. (Meldung der „Agence Havas“.) Der englische Kohlendampfer „Dulwich“, der von Hull nach Rouen unterwegs war, ist gestern abend um 6 Uhr 20 Minuten nordwestlich von Le Havre von einem deutschen Unterseeboot angegriffen worden. An Steuerbord in der Mitte des Schiffes fand eine Explosion statt. Die Besatzung flüchtete in die Rettungsboote und erblickte ein Unterseeboot. Von den 31 Mann der Besatzung wurden 29 von dem Torpedobootszerstörer „Arquebuse“ aufgenommen und nachts in Le Havre an Land gebracht. Sieben andere haben Fécamp in einem Rettungsboot erreicht. Zwei Mann werden vermisst. Der Dampfer „Dulwich“ sank nach 20 Minuten.

London, 17. Februar. (Meldung des Reuterschen Bur.) Der englische Dampfer „Dulwich“, von Hull nach Rouen unterwegs, ist 20 Seemeilen von Kap Antifer infolge einer Explosion gesunken, die Besatzung entkam unverletzt in ihren Booten.

Noch ein Dampfer vernichtet.

London, 17. Februar. (B. L. B.) Der englische Dampfer „Bavelot“, 2092 Tonnen groß, ist am 13. Februar bei Kenish Aoad auf eine Mine gestoßen und wurde in Begwell Bay auf Strand gesetzt; 12 Mann sind ertrunken. Der australische Fischdampfer „Edeavour“ mit 21 Mann Besatzung, darunter Fischereidirektor Danevig, wird vermisst.

Die englische Maskierung.

Kopenhagen, 17. Februar. (B. L. B.) „Verlingske Tidende“ meldet aus Helsingborg: Ein schwedischer Kapitän, der heute aus England angekommen ist, berichtet, daß er vor einigen Tagen in England einen Dampfer unter dänischer Flagge ankommen sah. Mittschiffs war in großen Buchstaben der Name Viborg ausgemalt, darunter in größeren Buchstaben das Wort Danmark. Der Kapitän erklärte, er habe sich nachträglich persönlich davon überzeugt, daß der Dampfer nicht ein dänischer, sondern ein englischer war.

Ein anderer hier angekommener Kapitän berichtet, daß er in der westlichen Nordsee zwei Dampfer angetroffen hat, die ihre Namen übermalt hatten und unter schwedischer Flagge fuhren. Es bestand kein Zweifel darüber, daß es englische Schiffe waren.

Frankfurt a. M., 17. Februar. (B. L. B.)

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Kristiania: Der norwegische Dampfer „Habil“, der zwischen Stavanger und Blyth verkehrt, berichtet, alle in diesem britischen Hafen liegenden Schiffe hätten ihre Namen übermalt und ihre Schornsteinzeichen geändert.

dem Unwetter preisgegeben zu sein, ging es vorwärts, unaufhaltsam, oft im Gilmarsch, oft im Trab. Man muß das gesehen, erlebt haben, selbst wenigstens einen Teil der Strapazen überstanden haben, um diese Leistungen der Truppen für wahr halten zu können. Hier stürzte ein Pferd, dort blieb ein Wagen stecken, andere mußten entlastet werden. Aber es ging weiter, immer vorwärts! Und am nächsten Abend mußte ich wieder staunen über die großartige Organisation. Der Stützpunkt, den die Russen besetzt hatten, ist von Menschen, Vieh und Fahrzeugen entblößt. Man sollte annehmen, in Ostpreußen sei kein Pferd, kein Schlitten mehr aufzutreiben gewesen. Aber siehe da, am Sonnabend jagten auf der Chaussee nach Eydtkuhnen über 100 breite, niedrige Bauernschlitten, mit sinken Pferden bespannt und mit der von den Bagagen zurückgelassenen Fracht beladen, den Truppen nach. Wir glaubten das Zurückgelassene unter den Schneeverwehungen begraben und sahen nun, wie es den Kolonnen wieder schnell und sicher zugeführt wurde.

Der Autoverkehr hatte gänzlich eingestellt werden müssen, der Schlitten löste die im Schnee stehengebliebenen Kraftwagen ab. Aber es kam noch schlimmer. Die Truppen sollten noch mehr Schwerden auslösen. Neue Widerstände türmten sich ihnen entgegen; keine Laune des Wettergottes blieb ihnen erspart. Der ostpreussische Winter mit all seinen Tücken und Beschwernissen kam über sie. Erst ließ er sie bei hartem Frost durch fuhren hohen Schnee stampfen, dann peitschte und quälte er die Menschen und Tiere mit einem schrecklichen Schneesturm, nun setzte er sie noch den Mühsalen aus, das ein Tauwetter noch ausgiebigem Schneefall bereitet. Am 12. stieg das Thermometer über den Gefrierpunkt, und dazu regnete es am Abend. Der Schnee verwandelte sich in eine paßende Masse. Nun war das Fortkommen noch schwieriger, noch strapazioser. Bei einigen Stellen, wo der Schnee zusammengehweht war, vereiste er zum Teil oder er bildete zähe Hindernisse; an anderen Stellen rutschte der Schlitten auf dem Pflaster. Da mußte der Wagen wieder heran, und das zum Gleiten bestimmte Fahrzeug blieb im Graben liegen.

Die Haltung der Neutralen.

Kopenhagen, 17. Februar. (B. L. B.) Die dänische, die norwegische und die schwedische Regierung haben sich nach Verhandlungen in Stockholm geeinigt, bei der britischen und der deutschen Regierung Vorstellungen zu erheben wegen der Gefahren, die der nordischen Schifffahrt drohen teils durch die vom britischen Auswärtigen Amt veröffentlichte Mitteilung über eine eventuelle Anwendung neutraler Flaggen durch britische Handelsschiffe, teils durch die militärischen Maßnahmen in den Gewässern um die britische Inselgruppe herum, die von deutscher Seite in Aussicht gestellt sind. Die Noten, die die drei Regierungen jede für sich den beiden kriegführenden Ländern zustellen, sind gleichlautend.

Die „Extrablatt“ meldet, sind beide Kammern des dänischen Parlaments auf morgen zu einer gemeinsamen geheimen Sitzung geladen, wie man annimmt, um die Frage des Kriegsgebietes zu besprechen. Es wird betont, daß die Sitzung einen friedlichen Charakter haben werde.

Kopenhagen, 17. Februar. (B. L. B.)

Nach einer Londoner Meldung der „Nationaltidende“ wird aus Madrid telegraphiert, daß die spanische Regierung sich dem amerikanischen Protest anschließen werde, wenn die neutralen Mächte sich zu einem gemeinsamen Proteste gegen Deutschland einigen würden. Die Seeversicherung ist infolge der deutschen Erklärung bedeutend gestiegen. Schiffe von Australien und Südamerika bezahlten vierzig Schilling anstatt zwanzig und die Küstendampfer zwanzig Schilling anstatt fünf Schilling.

Keine Hollandfahrt nach England.

Amsterdam, 17. Februar. (B. L. B.) Die Blätter melden: Die Dampfergesellschaften der Zealand- und Batavia-Linie werden in den nächsten Tagen keine Passagierschiffe nach England fahren lassen. Die Batavia-Linie, die alle ihre Schiffe in Orangefarbe hatte anstreichen lassen und anfänglich den Tagesdienst nach London für völlig sicher hielt, hat sich eines Besseren besonnen und beschlossen, kein Dampfboot fahren zu lassen.

Der Postverkehr zwischen Holland und England.

Amsterdam, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Das „Handelsblad“ bespricht die vorläufige Einstellung des Schiffsdienstes mit England. Der offenbar auf Anweisung der Regierung gefasste Beschluß sei angesichts der Gefahren begreiflich, aber seine Notwendigkeit sei zu bezweifeln. Einem kriegführenden Staat werde praktisch das Recht gegeben, die See für Neutrale zu schließen, und der regelmäßige Güter-, Personen- und Postverkehr mit England werde dadurch unterbrochen.

„Will die Regierung keine Maßregeln treffen, um die Postverbindung aufrechtzuerhalten? Keine Schnellfahrer, besonders Torpedoboote, laufen keine Tauchbootgefahr; die Regierung soll durch die Tat zeigen, daß sie keinem kriegführenden das Recht zugesteht, Holland den Zugang zu seiner Küste zu verweigern.“

Eine inspirierte Note in den Abendblättern besagt, daß die Frage der Stilllegung des Postbootdienstes nach England auf dem Postdirektorium besprochen werde. Der vorläufige Stand sei, daß am folgenden Morgen ein aus Vlissingen ausgehendes Frachtboot die Post mitnehmen werde. Am Freitag und Sonnabend soll der Postverkehr ausgesetzt werden; dagegen soll am Sonntag wieder ein Boot ausfahren. In der nächsten Woche werden wahrscheinlich an einigen Tagen wieder Schiffe ausfahren.

Die Stimmung des Publikums ist nervös.

Kriegsfragen im Unterhause.

London, 17. Februar. (B. L. B.) In der Unterhaus-sitzung am 15. Februar erklärte Innenstaatssekretär Keil Primrose auf Anfrage, es sei beschlossen worden, wegen der Ladung des Dampfers „Wilhelmina“ die Entscheidung des Preisengerichtes anzurufen; gegen das Schiff selbst werde nicht vorgegangen werden. Wenn die Ladung an das Internationale Hilfskomitee für Belgien verkauft würde, so würde die Entscheidung des Preisengerichtes einer Revision unterzogen werden.

Ueber den Austausch schwer verwundeter Kriegsgefangener sagte der Unterstaatssekretär, die englische Regierung behauere, daß die Zustimmung Deutschlands so spät gekommen sei, daß es nicht mehr möglich gewesen sei, in dem wünschenswerten Maße für die Bequemlichkeit der Gefangenen auf der Reise zu sorgen.

Bei Einbringung des Flottenetats sagte Churchill über die Klagen, daß die Admiralität fast ein Fünftel der englischen Handelsflotte gechartert habe. Wir stehen im

All diese Hindernisse und Beschwerlichkeiten muß man sich gegenwärtig, um einen Begriff von den unglaublichen Leistungen unserer Truppen zu bekommen und um den militärischen Erfolg der Offensive richtig abschätzen zu können. Trotz der aufgetürmten Widerstände gab es keinen Aufenthalt im Vormarsch. Und immer noch marschieren unsere Truppen hinter dem Gegner her, marschieren und kämpfen, obwohl im guten Quartieren keine Rede sein kann und in der Verpflegung unter den obwaltenden Umständen Störungen unvermeidlich sind.

Der Erfolg übertrifft hochgespannte Erwartungen! Am 8. Februar wurde im flotten Sturm Johannisburg genommen, am 11. war unser rechter Flügel schon vor Grajewo. Die hier gegenüberstehenden Russen gerieten zum größten Teil in Gefangenschaft. Am 11. allein machten die von Tilsit aus vorgestoßenen Deutschen bei Wirballen 10 000 Russen zu Gefangenen und erbeuteten 75 Küchenwagen. Nach dem bisherigen Ergebnis darf man annehmen, daß die Zahl der Gefangenen auf fünfzigtausend angewachsen ist, wenn diese Zahlen den Leser erreichen. Nur an einigen Punkten leisteten die Russen Widerstand, um die Abzugsstraße zu erreichen. Der Erfolg war, daß sie abgegriffen wurden. Die Rückzugslinien sind wie besät mit zurückgelassenen Geschützen, Munition und sonstigen Wagen, gesprengten Autos, erschossenen Pferden und allen erdenklichen Beutehäufen. Auch eroberten die Deutschen Anmengen von Gegenständen, die von den Russen aus deutschen Privatwohnungen fortgeschleppt worden waren. In Wirballen stehen zwei lange Züge vollbeladen mit solcher Beute!

Für die deutschen Truppen ist die Befreiung Ostpreußens von den Russen eine der bedeutendsten Erfolge in diesem furchtbaren Kriege. Der Verlust der Deutschen ist bisher sehr gering, was sich schon daraus ergibt, daß die Russen fast überall ohne Gegenwehr zurückwichen. Wie eilig unsere Truppen vorgehen, kann man aus dem Umfange entnehmen, daß wir fünf Tage lang mit allen möglichen Beförderungsmitteln hinter ihnen her waren und doch die Spitze nicht erreichten.

D u w e l l, Kriegsberichterstatter.

Die Flucht der Russen.

Wilkowizki, 14. Februar 1915.

Litpreußen ist von Russen frei. Die Deutschen haben die Grenze überschritten und stehen vor Sennj. Am 7. erreichte die russische Heeresleitung die russische Bevölkerung noch mit der Nachricht, die russischen Truppen hätten bei Lasdehnen Terrain gewonnen, die Deutschen wichen vor ihnen zurück. Man ahnte sicherlich, daß es sich dabei um einen von den Deutschen gewollten Scheinerfolg handelte, der die Russen fester in die vorbereitete Umfassung hineinführen sollte.

Mit großer Wucht begann am 8. Februar der glänzend organisierte Vorstoß. Zwei Schwierigkeiten waren zu überwinden. Mit der ersten mußte von vornherein gerechnet werden, es war die bekannte Geschicklichkeit der Russen im Rückzug. Er wird ihnen erleichtert durch ihre dreigeteilte Gruppierung der Bagage. Die Hauptbagage liegt sehr weit zurück, so daß sie bei Gefahr in Bewegung schnell aus der bedrohten Zone entweichen kann und den zurückgehenden Truppen keinen Aufenthalt verursacht. Und schon am Abend des 8. Februar gab die russische Heeresleitung den Befehl zum Rückmarsch. Nicht vorausgehende Hindernisse hemmten dazu den Vormarsch der Deutschen. Zunächst kamen gewaltige Schneemassen hernieder. Das war schon böß. Die Fußtruppen mußten sich mit ungeheuren Anstrengungen durcharbeiten, die Fahrzeuge brauchen doppelte Kräfte, um vorwärts zu kommen, der Autoverkehr mußte fast vollständig eingestellt werden. Dann setzte am 10. ein heftiger Südweststurm ein, dessen Gewalt am 11. noch zunahm und ein furchtbares Schneetreiben im Gefolge hatte. An diesem Tage lernte ich die ganze Härte des Krieges und die schier übermenschlichen Leistungen unserer Truppen kennen. Obwohl ich manchmal glaubte, dem Sturm ungerissen zu werden, obwohl mich der eiserne Wind den wie Messer schneidenden Schnee ins Gesicht trieb, obwohl man das Gefühl hatte, trotz der dicken Mäntel nach

Reise mit der zweitgrößten Seemacht der Welt und brauchen Schiffe zur Versorgung der Flotte mit Proviant, Speisematerial und Munition und zum Transport der Verstärkungen für die Feldarmee und deren Versorgung mit allem Nötigen. Wir haben keine Werften und keine Kriegshäfen zu ihrer Deckung. Die während des Krieges benutzten Kohlenstationen können nicht auf dem Landwege mit Kohlenvorräten versehen werden, sondern alles, was die Flotte braucht, muß von Schiffen herbeigebracht und in schwimmenden Depots bereitgehalten werden. Infolgedessen müßten die Kohlen- schiffe oft lange Zeit in den Kohlenstationen bleiben. Er könne keine Hoffnung geben, daß die Admiralität in der nächsten Zeit mit weniger Schiffen auskommen werde; vielmehr hätten die Bedürfnisse seit dem 1. Januar zugenommen, und diese Zunahme sei begreiflich, da die Flotte und der Maßstab der militärischen Operationen beständig wüchsen. Viele Schiffe seien von der Regierung für besondere Zwecke ausgerüstet worden und könnten nicht sofort durch andere ersetzt werden.

Lord Veresford (Unionist) schlug vor, die Verbündeten möchten eine gemeinsame Note an die neutralen Staaten richten des Inhalts, daß die Kriegführenden die Zufuhr aller Waren, die Deutschland nützen könnten, verhindern würden. Ueber die Versenkung des Linien Schiffes „Formidable“ durch ein deutsches Unterseeboot sagte der Redner, er glaube nicht, daß ein von Torpedobootzerstörern begleitetes Kriegsschiff in voller Fahrt von einem Unterseeboot aus mit dem Torpedo getroffen werden könne; der „Formidable“ aber habe die ihn begleitenden Torpedobootzerstörer zurückgelassen und seine Geschwindigkeit in einem Teile des Kanals vermindert, in welchem sich, wie man wußte, deutsche Unterseeboote aufhielten. Das bedürfe der Aufklärung, da hier entweder eine sträfliche Nachlässigkeit oder eine große Dummheit begangen oder von einem Amateurstrategen befohlen worden sei. Redner verlangte daher die Beibehaltung der alten Gepflogenheit, jeden Untergang eines Schiffes vor das Kriegsgericht zu bringen.

Die englische Auffassung.

Kopenhagen, 17. Februar. (W. L. B.) „Berlingske Tidende“ meldet aus London: Alle Kreise des Parlamentes sprechen mit Zufriedenheit über die kräftige Rede Churchill und drücken die Ansicht aus, daß Englands Antwort auf die deutsche Drohung nicht ohne Wirkung bleiben werde. Der Vorsitzende der Opposition erklärte, er sei erfreut zu hören, daß die englische Admiralität über die neue Drohung von deutscher Seite nicht erschrocken sei. Die Frage sei dieselbe wie vor hundert Jahren; wie damals liege eine der Gefahren in der Haltung der Neutralen. Im übrigen glaube er, daß die Geschichte sich wiederholen werde, und daß man jetzt vor einem neuen Trafalgar stehe.

Die „Westminster Gazette“ schreibt: Wir wissen, wieviel Unterseeboote Deutschland hat und können ganz kaltblütig auf Grund dieser Anzahl die Drohung ansehen, selbst wenn die Pläne der englischen Admiralität geheim gehalten werden.

Eine Warnung.

Kristiania, 17. Februar. (W. L. B.) Der deutsche Gesandte in Kristiania, Graf von Oberndorf, hat auf eine Anfrage des Norsk Telegrammbureau erwidert: Sie fragen mich, was ich von der Bekanntmachung des deutschen Admirals ab denke. Ich glaube, die Gefahren, die nach dem 18. Februar der Schifffahrt in den zum Kriegsgebiet erklärten Gewässern drohen, können nicht ernst genug genommen werden. Ich halte es für meine Pflicht, dies ganz offen auszusprechen, um der bedenkenlichen Auffassung entgegenzutreten, daß nur ein Bluff beabsichtigt sei. Wenn die deutsche Marine Wochen lang vorher der ganzen Welt eine große Aktion ankündigt, so weiß sie, was sie tut. Es war sicher nicht unser Wunsch, dem neutralen Handel Schwierigkeiten zu bereiten. Unsere norwegischen Freunde müssen aber bei ruhiger und unparteiischer Prüfung verstehen, daß wir nicht anders können. England hat uns einen Vernichtungskampf angekündigt. Es kämpft nicht nur mit den Waffen gegen unsere Heere, sondern mehr noch mit wirtschaftlichen Mitteln gegen unsere friedliche Bevölkerung, die es aushungern möchte. Gegen diese neue unerhörte Kampfesart wollen wir uns nun auch mit neuen Waffen wehren und den Gegner da anpacken, wo er am empfindlichsten ist. Wir suchen ihn daher vor seinen Toren, an seinen Küsten auf. Hier ist in den nächsten Wochen ein handiger erbitterter Kampf zu erwarten, in den sich kein friedliches Schiff wagen sollte. Wir können der neutralen Schifffahrt beim besten Willen keine Sicherheit mehr bieten, seit England beschlossen hat, den Union-Jack herunterzuholen und uns nur noch „neutrale“ Schiffe sehen zu lassen, denn so gut, wie die Flagge, kann ja auch die Bemalung nachgeahmt werden. Sind nun diese neuen „neutralen“ Handelsschiffe noch mit englischen Annonen armiert, so muß jedes Unterseeboot, das sie anhalten wollte, riskieren, in den Grund geholt zu werden. Daneben droht noch eine weitere große Gefahr, gegen die weder Flagge noch Bemalung schützen können. Ich meine die Minen, die, wie wir angekündigt haben, in dem ganzen Kriegsgebiet gelegt werden sollen. Diese Minen, so scheint mir, sollten allein schon die neutralen Schiffe dem Kriegsgebiet fernhalten.

Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses.

Berlin, den 17. Februar 1915. (W. L. B.) Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte heute die Beratung der sozialen Kriegsversorgung in Verbindung mit dem Gesetzentwurf über Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände fort. Ein Kommissionsmitglied sprach das Einverständnis mit den Maßnahmen der Staatsregierung auf dem Gebiete der sozialen Kriegsversorgung aus und dankte insbesondere, daß von einem Neglementieren abgesehen worden sei und der individuellen Behandlung der Kriegsversorgung, welche das allein richtige sei, weitgehender Spielraum gelassen werde. Er besprach die Frage der Familienunterstützungen, bei denen die Kreisämter als entscheidende Behörden sich unzweifelhaft bewährt hätten, trotzdem divergente Entscheidungen in benachbarten Bezirken nicht völlig hätten vermeiden lassen. Er erörterte die schwere Lage des Hausbesitzerstandes, den er dem besondern Wohlwollen der Staatsregierung empfehle, sprach die Zustimmung zu dem Gesetzentwurf aus, der den schwer belasteten Kommunalverbänden helfen wolle, und regte schließlich nach Erörterung einiger Spezialfragen eine weitgehende Fürsorge für die Hinterbliebenen solcher Angehörigen des Mittelstandes an, die wegen niedriger militärischer Charge ihres gefallenen Ernährers eine völlig unzureichende Rütterspension erhielten. Ein anderer Abgeordneter sprach seine Freude über die den Berliner Gemeindebehörden für ihre soziale Kriegsversorgung gespendete Anerkennung aus; übrigens sei die Leistungsfähigkeit Berlins keine unerhörliche, der Kommunalzuschlag zu der Staatssteuer werde in Berlin sehr erhöht werden. Der Redner besprach dann die Fürsorge für die Kriegsinvaliden und ihre Hinterbliebenen, bemängelte die Niedrigkeit der dabei gezahlten Bezüge und forderte ihre Erhöhung; er erwartete von der Staatsregierung, daß sie über die Reichsversorgung hinaus eingreife und vor allem Einrichtungen schaße, die es ermöglichen, daß die Kriegsinvaliden und die Kriegswitwen nach Beendigung des Krieges ihren Erwerb finden.

Der Finanzminister gestand zu, daß die ausreichende Fürsorge für die Kriegsverletzten eine dringende Aufgabe sei; es seien für die Heilung die umfassendsten Maßnahmen getroffen, auch dahingehend, daß über die Lazarettbehandlung hinaus Spezialbehandlung stattfinden könne. Notwendigen Berufsveränderungen und etwa vermindelter Arbeitsfähigkeit gegenüber solle helfend eingegriffen werden.

Ein weiteres Kommissionsmitglied trat dafür ein, daß eine erhebliche Erweiterung derjenigen kommunalen Zwecke stattfinden solle, für die aus dem 110-Millionen-Fonds Zuwendungen gemacht werden sollen. Insbesondere müßten daraus Ausgaben bestritten werden, die über die bisherigen Ausgaben für die Kriegswohlfahrtspflege hinausgingen. Man müsse ferner die Nationalkassierung für die Hinterbliebenen aus Staatsmitteln reichlich dotieren.

Der Minister des Innern ging auf eine Reihe von Anregungen aus der Kommission ein. Wenn gesagt sei, daß den Gemeinden zwei Drittel ihrer Kriegslasten abgenommen würden, so füge sich das auf die Berechnung vom Dezember. Es dürfe natürlich nicht zu viel verlangt werden. Wenn das Gesetz feststelle, daß für Ausgaben Ersatz eintrete, die über die bisherigen Ausgaben hinausgingen, so sei damit gemeint das Verhältnis zu den Friedensausgaben, nicht das Verhältnis zu den bisherigen Kriegsausgaben. Die Arbeitsnachweise hätten sich bisher gut bewährt, und man werde daran denken können, sie weiterhin zu pflegen und auszubauen. Eingehend auf die Frage der Hinterbliebenenfürsorge betonte der Minister, daß hier die Nationalkassierung, an deren Spitze er stehe, helfend eingzugreifen bestimmt sei. Persönlich stimme er einer möglichst weitgehenden Invalidenfürsorge zu. Es werde die Aufgabe vielleicht dahin gehen, mit den vorhandenen Verbänden zusammenzuarbeiten und an Einrichtungen anzuknüpfen, die schon da seien.

Ein weiteres Kommissionsmitglied führte aus, die erfolgreiche Tätigkeit der Rietsämter werde zuweilen behindert durch das Fehlen des Verhandlungsmannes. Urteile, besonders Räumungsurteile, dürften für die Dauer des Krieges bei solchen Witwen, deren Mann gefallen sei, nicht vollstreckt werden. Wehefrauen und Witwen dürften nicht unterschiedlich durch die Justizorgane behandelt werden. Köln, Düsseldorf, Aachen, Dortmund u. a. könnten mit Berlin unter Berücksichtigung der Steuerkraft einen Vergleich in der Kriegsversorgung wohl aushalten. Der zentralisierte Arbeitsnachweis habe im Westen während des Krieges gut gewirkt. Die Arbeitslosigkeit sei dank der gutgehenden Industrie fast völlig beseitigt. Ein Nachweis der Arbeit müsse auch für die als „gebeilt“ entlassenen Verwundeten ins Auge gefaßt werden.

Ein Abgeordneter bat noch den Minister des Innern, die Verordnungen und Verfügungen über die Kriegsversorgung zusammenzustellen und sie in einer ausreichenden Zahl den Gemeindebehörden zugehen zu lassen.

In seinem Schlusswort gab der Berichterstatter einen Überblick auf die bisherigen Verhandlungen und stellte als einstimmigen Wunsch der Kommission fest, daß bei Umsetzung der Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer nicht mechanisch verfahren werden solle, daß ferner die Arbeitsnachweise weiter ausgebaut und über die Kriegszeit hinaus nutzbar gemacht werden sollen, daß weiter die Mietunterstützungen auch den Interessen der Hausbesitzer dienen sollen und daß endlich eine Nachprüfung und Ergänzung der Vorschriften über die Mietvereinigungsämter eintreten solle.

Der Gesetzentwurf über Beihilfen zu Kriegswohlfahrtsausgaben der Gemeinden und Gemeindeverbände wurde hierauf einstimmig angenommen.

Sodann wurde in die Erörterung des dritten Punktes des Beratungsplanes, Besetzungszustand und Beschränkung der Pressefreiheit eingetreten. Die Besprechung wurde begonnen und wird voraussichtlich morgen beendet werden. Ueber ihren Inhalt soll zusammenhängend berichtet werden.

Berichtigung. In dem gestrigen Berichte der Budgetkommission ist in den Ausführungen des vierten Redners der zweite Satz richtig zu lesen: Er empfahl, die Mietvereinigungsämter von Abgabe mündlicher Gutachten bei den Gerichten zu befreien.

Politische u. ökonomische Aktionen des englischen Proletariats.

Die Unabhängige Arbeiterpartei für den Frieden.

Amsterdam, 16. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Auf dem Jahresbankett der Londoner City-Gruppe der Unabhängigen Arbeiterpartei sprach der von seiner Krankheit befreite wieder hergestellte Keir Hardie über die Aufgaben nach dem Kriege. Er führte aus, die sozialen Probleme würden noch verschärft werden und die Partei habe noch eine große Zukunft. Anderson sagte, die britischen Sozialisten müßten ihre Bemühungen für den Frieden noch verstärken. Mich Mac Arthur wies auf das Bestreben der englischen Kapitalisten hin, den schwer erlämpften Arbeiterkampf wieder zu beseitigen, während die Augen der Arbeiter auf den Kriegsschauplatz gerichtet seien.

Der Kampf gegen die Teuerung in England.

Amsterdam, 17. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die am Sonnabend stattgefundenen Konferenzen gegen die Teuerung hatten großen Erfolg. In Cardiff nahmen 385 Delegierte teil, welche 260 000 Mitglieder vertraten; in Portsmouth waren 12 000 Gewerkschaftler, in Southampton 10 000, in Portsmouth auch noch 18 000 Genossenschaftler vertreten. Zu der vom Nationalkomitee ausgearbeiteten Resolution wurden vielfach energische Zusätze beschlossen. Macdonald kündigte für Mittwoch eine neue Intervention der Fraktion der Arbeiterpartei an.

Eine Versammlung, die am Sonntag in Manchester stattfand, beschloß, falls die Regierung nicht sofort eingreife, eine Agitation für den Generalfstreik zu beginnen.

Dockarbeiterstreik.

London, 17. Februar. (W. L. B.) Gegen 4000 Arbeiter der Victoria and Albert Docks sind vorgestern in den Ausstand getreten. Auf der Schiffsverft White u. Co. in Cowes haben die Dreher und Monteure die Arbeit niedergelegt, um dadurch gegen die Beschäftigung von Arbeitern, die den Gewerkschaften nicht angehören, zu protestieren.

Lohnbewegung der englischen Landarbeiter.

Amsterdam, 16. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) In Ipswich Norfolk tagte am Sonnabend eine Konferenz der Landarbeiter-Union, auf der 130 Sektionen vertreten waren. Die Konferenz, auf welcher ein Delegierter vertreten war, der bei 15 Schilling Wochenlohn 12 Kinder ernähren muß, forderte eine sofortige Lohnerhöhung. Aus manchen Orten werden schon Lohnerhöhungen gemeldet. Die Pächter in Dorset legen 1—2 Schilling pro Woche zu.

Griechenland und die Türkei.

Athen, 17. Februar. (W. L. B.) Die „Agence d'Athènes“ meldet vom 15. Februar: Da die Durchführung der vom Großwesir zugesagten Genehmigung einer neuerliche Frist erforderte und der Gesandte Panas aus eigener Initiative eine Frist von 24 Stunden gestellt hatte, konnte er keine weitere Fristverlängerung mehr annehmen und verließ gestern Konstantinopel. Nichtsdestoweniger schließt die Abreise des Gesandten eine freundschaftliche Beilegung des Zwischenfalles nicht aus, falls sich die Botschaft, die zweimal mündlich und schriftlich versprochene Genehmigung durchzuführen.

Der Ruf nach der japanischen Hilfe.

Amsterdam, 16. Februar. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ läßt in einem Leitartikel durchblicken, daß China als Preis für die Hilfe der Japaner ausgeliefert werden soll. Japan will sein eigenes Interesse verfolgen. Esafonovs Mitteilung über den chinesisch-russischen Mongoleibvertrag zeigt, daß Rußland seine Mongolrechte opfert. Japans Forderungen widerstreiten auch nicht den französischen Interessen, vielleicht den englischen; aber Japan und England haben einen Bund geschlossen und haben viel gemeinsame Interessen. Auch braucht Japan den Londoner wie den Pariser Geldmarkt. Japans chinesische Aspirationen sind kein Geheimnis. Jedermann begreift, daß der Mikado seine Machtvergrößerung in China als die Vergütung für die Kriegshilfe im Westen anstrebt. Heute ist Japan, obgleich sich außerhalb Europas haltend, bestrebt, sich einen Teil der Vorrechte zu verschaffen, in die man einwilligen mußte, weil es mit den Alliierten tritt.

Ist aber die Folge des Sieges in Kiautschow derart, daß Japan alle Kräfte im Osten bereithalten muß, oder sollte die Besprechung mit den Alliierten bezüglich der japanischen Forderungen in China den Japanern begreiflich machen können, von welchem Interesse ihre Mitwirkung gegen Deutschland ist? Der „Temps“ behauptet schließlich, daß die für die Völkerrrechte kämpfenden Alliierten die chinesische Integrität bewahren und nur Wirtschaftsziele antreiben wollen, wobei die Ausscheidung Deutschlands das Einbernehmen erleichtere. Japan möge eine Grundlage für die Verhandlungen über seine europäische Kriegsteilnahme vorlegen.

Freispruch der deutschen Aerzte in Paris.

Paris, 17. Februar. (Meldung der Agence Havas.) Das zweite Pariser Kriegsgericht hat die der Heilerei beschuldigten deutschen Militärärzte Schulz und Davidsohn sowie sieben andere Mitglieder der siebenten Ambulanz des zweiten Armeekorps im Revisionsverfahren freigesprochen. Die Angeklagten waren vom ersten Pariser Kriegsgericht im November 1914 zu verschiedenen Freiheitsstrafen verurteilt worden.

Rückkehr deutscher Verwundeter.

Amsterdam, 17. Februar. (W. L. B.) Gestern nachmittag sind an Bord der „Medlenburg“ 94 deutsche Verwundete, darunter ein Offizier, in Blijssingen eingetroffen. Sie wurden nach der Landung in einen bereitstehenden niederländischen Ambulanzzug befördert, um die Reise nach Deutschland fortzusetzen.

Der deutsche Grundbesitz in Rußland.

Petersburg, 17. Februar. (W. L. B.) Das gestern in Kraft getretene neue Gesetz über den Grundbesitz von Unterthanen feindlicher Staaten macht dem Landbesitz und dem Besitz unbeweglichen Eigentums von Reichsdeutschen, Oesterreichern, Ungarn und Türken im Gouvernement Petersburg, in den Disceprovinzen, in Finnland, den Westgebieten Rußlands, im Dongebiet, Kaukasus und Amurgebiet ein Ende. Das Gesetz kann, falls erforderlich, auch auf andere Reichsteile ausgedehnt werden. Durch die neuen Bestimmungen verlieren die erwähnten Staatsangehörigen das Recht, in Rußland Grundbesitz und unbewegliches Eigentum zu erwerben, zu pachten, ja selbst zu verwalten. Eine Ausnahme wird für diejenigen Untertanen feindlicher Staaten zuzulassen, die 1) bei der Geburt oder bis zum 1. Januar 1914 orthodox getauft sind; 2) die slavische Herkunft sind; 3) die selbst oder deren Vorfahren resp. Nachkommen männlicher Linie als Offiziere oder Freiwillige an kriegerischen Operationen des russischen Heeres oder der Flotte teilgenommen und Auszeichnungen für Tapferkeit erhalten haben. Für Witwen der erwähnten Personen gilt die gleiche Ausnahme. Allen übrigen deutschen, österreichischen, ungarischen und türkischen Staatsangehörigen wird für die Bekämpfung ihres Grundbesitzes und unbeweglichen Eigentums eine halbjährige Frist bewilligt, nach deren Ablauf daselbst öffentlich versteigert wird.

Letzte Nachrichten.

Der Kaiser in Berlin.

Königlich. Berlin, 17. Februar. (W. L. B.) Seine Majestät der Kaiser ist zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen.

Verzweifelte Lage des linken russischen Flügels.

Köln, 17. Februar. (W. L. B.) Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Bukarest: In überaus heftigen Kämpfen gewinnen die verbündeten Truppen in der Bukowina immermehr Boden. Die Russen, mit Einschluß des Generalgouverneurs Eurenow, verlassen Czernowitz und ziehen ihre Truppen aus allen Befestigungen zurück. Die österreichisch-ungarischen Truppen sollen die russische Front durchbrochen und den Pruth überschritten haben und in Galizien bis Sannin vorgedrungen sein. Die Lage des linken russischen Flügels soll verzweifelt sein.

Versenkung eines französischen Dampfers.

Paris, 17. Februar. (W. L. B.) Nach einer amtlichen Meldung entdeckte am Dienstag um 1 Uhr 30 Minuten nachmittags der französische Dampfer „Ville de Ville“ auf der Fahrt von Cherbourg nach Dünkirchen, nördlich des Leuchtturms von Barfleur, ein deutsches Unterseeboot. Der Dampfer versuchte zu fliehen, aber das Unterseeboot holte ihn ein und versenkte ihn mittels Bomben, welche in das Innere des Dampfers gelegt wurden. Das Unterseeboot gab der Besatzung des Dampfers zehn Minuten Zeit, um sich in zwei Rettungsbooten zu retten. Nach der Versenkung des Dampfers tauchte das Unterseeboot unter und verschwand.

Beilegung des griechisch-türkischen Zwischenfalls.

Konstantinopel, 17. Februar. (W. L. B.) (Meldung des Wiener k. k. Tel.-Korrespondenz.) Der griechisch-türkische Zwischenfall ist endgültig erledigt. Der Polizeidirektor besuchte heute nachmittag den griechischen Geschäftsträger und sprach ihm sein Bedauern aus. Morgen wird eine amtliche Bekanntmachung erscheinen.



Dem Andenten unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

Am 5. Dezember 1914 fiel im Osten der Schloffer
Willi Zancke
Stroßener Straße 21.
Sozialdemokr. Kreis-Wahlverein Niederbarnim, Bez. Lichtenberg.

Am Feldlazarett zu Rastow in Ostpreußen starb am 7. Februar unser
Bezirksführer vom Bezirk 6b
Paul Fischer.
Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin-Schöneberg.

Am 7. Dezember 1914 fiel im Westen der Arbeiter
Albert Stettin
Spanbau, Pichelsdorfer Straße 10. Bezirk 14.

Am 16. Dezember 1914 fiel im Osten der Arbeiter
Stephan Sonnemann
Spanbau, Rutherstraße 7. Bezirk 8.
Sozialdemokratischer Wahlverein Spandau.

Am 22. Januar fiel im Osten der Bauarbeiter
Emil Katzorke.
Sozialdemokr. Wahlverein Niederbarnim, Bez. Friedrichshagen.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
i. d. A. Berl. Reichstagswahlkreis
Görlitzer Viertel. Bezirk 149 I.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Genosse, der Gastwirt
Georg Schuster
(Luisenpark 32) gestorben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Halle des Michael-Kirch-
hofes in Neuföhren, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
Transportarbeiter - Verband.**
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege
Otto Dausel
im Kriege verumdet, am 16. Fe-
bruar im Alter von 41 Jahren
verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 18. d. M., nach-
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-
halle des Friedener Friedhofes,
Zadewitz-Weg, aus statt.
Den Mitgliedern ferner zur
Nachricht, daß unser Kollege, der
Brotverkäufer
Franz Klein
im Alter von 50 Jahren ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 18. Februar,
nachmittags 4 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Kreuz-Kirch-
hofes, Mariendorfer, Eisenacher
Straße, aus statt.
Ehre ihrem Andenten!
Um rege Beteiligung ersucht
11/3 Die Bezirksverwaltung.

**Verband der Buch- und Stein-
druckerei - Hilfsarbeiter
und Arbeiterinnen Deutschlands.**
Ortsverwaltung Berlin.
Am 15. d. Mts. verstarb nach
schwerem Krankenlager unser
Mitglied
Emil Prieba
im Alter von 39 Jahren.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. d. Mts., nach-
mittags 3 Uhr, auf dem neuen
Jakobi-Kirchhof in Neuföhren, Her-
mannstraße 99-105, statt.
11/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Albert Bleck
am 15. Februar an Lungenleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Gemeinde-Friedhofes in
Lichtenberg, Rüdstraße, aus statt.
Den Kollegen ferner zur Nach-
richt, daß unser Mitglied, der
Dreher
Georg Schuster
am 15. Februar an Lungenleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Donnerstag, den 18. Februar,
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der
Leichenhalle des Michael-Kirch-
hofes in Neuföhren, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenten!
Rege Beteiligung erwartet
132/10 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiterverband.
Zahlstelle Berlin.
Nachruf.
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß unser Kollege, der
Richtmaschinenmacher
Paul Noroschadt
Raumannstraße 22
im Alter von 36 Jahren ge-
storben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung fand Dienstag,
den 16. Februar, auf dem Fried-
hof der Thomaskirche statt.
97/3 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter
Albert Bleck
am 15. Februar an Lungenleiden
gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 19. Februar, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Michael-Kirch-
hofes in Neuföhren, Mariendorfer
Weg, aus statt.
Ehre ihrem Andenten!
Rege Beteiligung erwartet
132/10 Die Ortsverwaltung.

Nachruf.
Den Geliebten des Water-
land starb im Feldlazarett zu
Staden (Belgien), am Tage vor
seinem 27. Geburtstag, am
19. November 1914, an einer
am 11. November erhaltenen
Verwundung (Wundstich) mein
über alles geliebter, unvergeß-
licher Mann, der Kamerad
Vincent Babelk
Unteroffizier im Reserve-Regt. 48.
Im tiefsten Schmerz
Frau Anna Babelk
nebst Kindern
Fehmannstraße 8.

Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.
Filiale Groß-Berlin.
Den Mitgliedern geben wir
hiermit Nachricht vom Tode des
Kollegen
Albert Pahlow
vom Berliner Wasserwerk Bestend.
Ehre seinem Andenten!
Beerdigung findet am Freitag, den
19. Februar, nachmittags 3 Uhr,
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Stahnsdorf aus statt.
Um rege Beteiligung bei der
Bestattung des Kollegen ersucht
83/1 Die Ortsverwaltung.

Der treue Gatte und mein Gatte,
Er ist dahin, der nie mein Herz
verließ.
Am 18. d. Mts. starb nach
langem schweren Krankenlager
unser lieber, unvergeßlicher
Mann, der Kamerad
Albert Bleck
im blühenden Alter von 33 Jahren.
Im tiefsten Schmerz
Martha Bleck nebst Kindern.
Beerdigung Freitag, 19. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Lichtenberger Friedhofes,
Rüdstraße.

Nach längerem Leiden verstarb
am Montag mein innigstgeliebter
Mann, unser guter Vater, der
Vollrentner
Albert Bleck
im blühenden Alter von 33 Jahren.
Im tiefsten Schmerz
Martha Bleck nebst Kindern.
Beerdigung Freitag, 19. Februar,
nachmittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des Lichtenberger Friedhofes,
Rüdstraße.

**Zentralverband der Asphalteure
Deutschlands.**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Kollege
Ernst Eftmann
am Montag, den 15. Februar,
nach schwerem Leiden ver-
storben ist.
Ehre seinem Andenten!
Die Beerdigung findet heute,
Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Zentral-
friedhofes in Stahnsdorf, Weg, aus statt.
92/20 Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Spenden bei der
Beerdigung meiner unvergeßlichen
Frau
Anna Rummel
sage ich allen Verwandten und Be-
kaanten, besonders meinen Kameraden
im Felde, dem Wahlverein Neuföhren,
dem Zentral-Asphalteure und dem
Kaufhaus „Alpenhöf“ meinen tief-
gefühlten Dank.
3259/2
Karl Rummel.

Theater für Donnerstag, 18. Februar:
Berliner Theater
8 Uhr: „Extrablätter!“
Deutsches Opernhaus, Charlottenb.
7 Uhr: Siegfried.
Friedrich-Wilhelmstadt, Theater.
8 Uhr: Figaros Hochzeit.
Gebr. Herrfeld-Theater
8 Uhr: Familie Plaschek.
Heilbring contra Heilbring.
Kleines Theater
8 Uhr: Jettchen Gebert.

Zirkus Alb. Schumann
Heute Donnerstag, Anf. 7 1/2 Uhr:
Gr. Extra-Vorstellung.
Besonders hervorzuheben:
Arthur Saxon-Trio
die stärksten Männer der Welt mit
ihrer lebenden Automobilbrücke.
10 Reiter-Akrobaten.
Weises 5 rollschuhlaufende und
radfahrende Bären.
Gebr. Ernst u. Oskar Schumann.
Um 9 1/2 Uhr: Um 9 1/2 Uhr:
Ost und West.
Großes patriotisch-Schaustück
aus der Gegenwart in 4 Akten

Komische Oper
8.10 U.: Gold gab ich für Eisen.
Komödienhaus
8 Uhr: Biedermeyer.
Lessing-Theater
7 1/2 U.: Peer Gynt.
Lustspielhaus
8 1/2 U.: Die Orientreise.
Metropol-Theater
8 Uhr: Woran wir denken!
Montis Operetten-Theater
8 Uhr: Der liebe Peps.

WINTER GARTEN
Johanna Terwin
vom Deutschen Theater, Berlin,
Jakob Tiedtke
v. Lessing-Theater, Berlin, in:
Landwehmann und Pikardo
Zeitbild von Otto Reutter.
Serene Nord
mit ihren Wassernymphen,
Rosa Felsegg
mit ihrem Aeroplan,
Else Berna
Operettensängerin
sowie der hervorragende
Februar-Spielplan.
Kleine Preise.

National-Theater
8.10 U.: Wenn d. Landsturm kommt.
Residenz-Theater
8 Uhr: Die Schöne vom Strand.
Rose-Theater
8 Uhr: Else vom Erlenhof
Schiller-Theater O.
8 Uhr: Des Meeres u. d. Liebe Wellen
Schiller-Th. Charlottenbg.
8 Uhr: Der Störenfried.

Theater-Folies-Caprice
8 1/2 Posen-Theater 8 1/2
Sprechstunde.
Ein angenehmer Herr.
Marlin Kettner a. G.
Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Zum Schluß:
**Weihnachtsabend
im Schützengraben**
Anfang 8 Uhr.
Mittelspersonen
und deren An-
gehörigen voll-
kommen freier
 Zutritt zu den
Stett. Sängern.

Thalia-Theater
8 Uhr: Kam'rad Männe.
Theater am Nollendorpl.
8 1/2 U.: Immer feste druff!
Sonnt. 9 1/2 U.: Der Graf v. Luxemburg.
Theater des Westens
8 Uhr: Rund um die Liebe
Theater in der Königgrätzer Straße
7 1/2 U.: Herodes und Mariamme.
Trianon-Theater
8 1/2 U.: Das Liebesnest.
Volksbühne-Theater am Bälowlplatz
8 1/2 U.: Sönke Erichsen
Walhalla-Theater
8 Uhr: Krümel vor Paris.

Voigt-Theater.
Badstr. 58. Badstr. 58.
Vorgen Freitag, den 19. Februar:
„Eine, die zweite Frau“.
Schauspiel in 3 Akten u. d. gleichnamigen
Erzähl. v. G. Wallat a. d. Gartenlaube.
Aufführung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.
Casino-Theater.
Bohringer Straße 37. Täglich 8 Uhr.
Nur noch bis Donnerstag
den 25. d. Mts.:
Durch dick und dünn.
Freitag, 26. Februar: Erstaufführung
des neuen Lustspielers
Der Herr Kommerzienrat.
Sonnt. 4 Uhr: Durch Klippen u. Wellen

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
**Die Vogesen und ihre
Kampfstätten.**
Gewerkschaftshaus.
Größtes und vornehmstes Stabliement von Berlin.
In sämtlichen Sälen: Konzert.
Im Hochparterre von 4 Uhr ab:

Palast-Theater am Zoo
Täglich 8 Uhr:
„Muttchen hat's Wort!“

Kaffee- u. Promenadenkonzert
Freitag und Sonnabend
zwischen 6 und 8 Uhr findet ein großer,
billiger Schnellverkauf von Fleisch und
Mäntelwaren statt. Ein großer Vorrat
geräucherter Speck und geräucherter
Schinken ohne Bein, Schinkenped,
Schlachtwurst und Leowurst zu 1,20 M.
das Pfund. Rofe Schinken ohne Bein,
Schinkenfleisch ohne Knochen und
Schweinehälften 1 M. das Pfund. Ein
groses Sammelteufel, das vornehmste
was es gibt (Schaufelsternware), das
Pfund 90 Pf. in ganzen Stücken.

Zonntag, den 21. Februar 1915:
Sonntag-Mittagessen a 1 M.
Modestische Suppe
Hühnerbrühe mit Einlage.
Zwei holländische
Kajonats von Krabben
Gammelteufel mit Teltower Rindfleisch
Hühnerbrust mit Meerrettichsauc.
Gänsebraten
Reibbraten
Kalbsnierenbraten
Schweinehälften
Kompott oder Salat
Speise oder Rote

Männergesangverein „Namenlos“
M. d. A.-S.-B. Chormeister E. Thilo.
Sonntag, den 21. Februar, in Obiglos Festsälen,
Koppenstraße 29:
LIEDERABEND
zum Besten der Familien der im Felde stehenden sowie
der arbeitslosen Mitglieder.
Mitwirkende:
Fräulein Marg. Wachsmund (Sopran).
Palma v. Paszthory (Violine).
Gisela v. Paszthory (Klavier).
TANZ
Anfang 8 Uhr. Garderobe 10 Pf.
Eintrittspreis im Vorverkauf 40 Pf.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.

Teppiche mit kleinem Fehler, sehr
billig. Gardinen, Vorhänge, Stepp-
decken, Kissen, Duvetten, sehr
billig. Vorwärtsleiter 5 Prozent
Rabatt. Teppichhaus Brünn, Gleditscher
Markt 4 (Bahnhofstr.) 24/4
Monatsanläge, nur wenig ge-
tragen. Valetot, Uster, Hofen, Ge-
sellschaftsanläge werden spottbillig
verkauft. Die elegantesten Anläge
sind leichtheftig billig zu haben. Alts-
bekannte Firma. Rög. Weg, Große
Frankfurterstraße 88.
Teppich-Thomas, Oranienstr. 44
spottbillig laubfächerhafte Teppiche,
Gardinen, Vorwärtsleiter 5 Prozent
Estrabatt. 10/8
Teichbuch für Gartenfreunde.
Ein Ratgeber für die Pflege und sach-
gemäße Bewirtschaftung des häuslichen
Garten, Gemüse- und Obstgärten von
Rog. Weg. Zweite vermehrte
Ausgabe. Mit 137 Teichabbildungen.
Preis 3,50 Mark. Expedition Vor-
wärts, Lindenstraße.

Kaufgesuche.

Kauf! Reifung! Aluminium!
Wiedel! Jann, Jann, Viel, Eisenblech,
Stanniolpapier, Stanniolblech, Jann-
geble, Goldblech, Silberblech,
Hochpreis! „Relativschmelze“ Gold,
Brennstoffe 19. und Neuföhren,
Berlinerstraße 76. 17/2
Yahngelbte, Goldblech, Silber-
blech, Stanniolblech, sämtliche Bleche
höchstbillig. Schmelzerei Christian,
Rödenstraße 20 a (gegenüber
Rammelsbergstraße). 11/2
Platin, Goldblech, Silberblech
Yahngelbte, Stanniol 2., Dued-
blech, Wählstrumpf, feinstes Silber,
Auguststraße 20. 24/12
Fahrradkauf, Lindenstraße 27.
Nähmaschinen, alle, feinst, Ver-
kauf. Reanderstraße 27, Hof par-
terre. 11/2
Platinabfälle, Yahngelbte bis
50,00, Goldblech, Silberblech,
Cuedblech, Stanniolpapier 3,00,
Kauf, Reifung, Jann, Viel,
Aluminium, Jinn, Viel, feinst Hoch-
preis! Beimetall, Einfaßstahl, an
Berberstraße 31, Telefon. (W-
holung) 7/2
Fahrrädergeschäft, Preisangebot.
Kammerstr. Große Frankfurter-
straße 14. 11/10

Gefunden u. verloren

Verloren! Am 5. Februar, nach-
mittags zwischen 10 und 10 1/2 Uhr,
Goldblech mit erheblichem Inhalt
verloren. Wiederbringer erhält zehn
Prozent Finderlohn. Nachricht
Berliner Gartenberg, Charlottenburg,
Gardenerstraße 27a/28. 24/28

Unterricht.

Automobilfahrer, erste Klasse
Reifungsprüfung, 100 Mark
auch Abendkurse. Reifungsprüfung.
Rödenstraße 116. 21/28
Unterricht in der englischen
Sprache. Für Anfänger und Fort-
geschrittene, einzeln oder im Stiefel,
wird englischer Unterricht erteilt.
Auch werden Uebersetzungen an-
genommen. G. Swienty, Lieblich,
Charlottenburg, Stuttgartplatz 9,
Gartenhaus III. 44/2

Möbel.

Preise nur jetzt im Kriege, nie
wiederkehrend: Englische Stoffe
28, Rubelstr. 24, englischer Anleib-
schrank mit Spiegelteil und Facette-
Spiegel 88, derselbe etwas kleiner
63 Mark, Bücherständer, Trumeau 50,
Verzins, Kleiderschrank mit Ver-
glasung 39, Sofa 36, großer Teppich,
gute Qualität, schön geputzt 29,
wunderbar, billige Schlafzimmer,
herrliche billige Wohnzimmer, Küche
vierteilig 58, Schreibrück 38, Aus-
ziehisch 16, Rohstuhl 3,50, Dach-
stuhl 19, Ehrlich, Alte Schenker-
straße 32.
Kriegshalber, billige Wohn-
einrichtung, herrliche Küche, alles
noch neu, zusammen nur 225 Mark.
Rödenstraße 57, vorn III bei
Blas. (Gewerblich.) Händler ver-
boten. 14/1

Verschiedenes.

Patentanwalt Müller, Göttinger-
straße 16.
Reinigungsanstalt Große Frankfurter-
straße 67. 23/28

Vermietungen.

Wohnungen.
Charlottenstraße 57 keine Woh-
nungen sofort billig. 687/2
Sonneneinstrahlung 27. Bier-
Drei, Zweizimmer-Wohnungen, Boh
Dalfon, sofort. 1090/2
Greifswalderstraße 206, Garten-
haus, zweizimmerige Wohnung, Boh,
Dalfon, sofort. 1981/2
Schlafstellen.
Anständiges Schlafort oder Frau
kann billig wohnen. Hegewald,
Charlottenburg, Hofenstraße 15,
3. Portal II. 101

Arbeitsmarkt.

Stellenangebote.
Tätige Arbeiter und Schlichter
heißt ein Feld. Paul Krüger, Neu-
Föhren, Malowstraße 12/11. 47/2
Automobilarbeiter sucht sofort
bei hohem Lohn Automobil-Betriebs-
stätten-Gesellschaft, Bernstraße 31.
Chauffeur, tätige, sucht sofort
bei hohem Lohn Automobil-Betriebs-
stätten-Gesellschaft, Bernstraße 31.
Maurer und Arbeiter
werden angenommen.
Neubau Deutsche Waffen- und
Munitions-Fabriken, Wittman,
Etalon Gahornstraße.

Die Antwort an Amerika.

Wolffs Telegraphenbureau meldet amtlich:

Die gestern Abend dem Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika auf seine Mitteilung vom 12. d. Mts. übergebene deutsche Erwiderung hat folgenden Wortlaut:

Die Kaiserlich Deutsche Regierung hat die Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten in dem Geiste des gleichen Wohlwollens und der gleichen Freundschaft geprüft, von welchem ihre diese Mitteilung diktiert erscheint.

Die Kaiserlich Deutsche Regierung weicht sich mit der Regierung der Vereinigten Staaten darin ein, daß es für beide Teile in hohem Maße erwünscht ist, Mißverständnisse zu verhüten, die sich aus den von der deutschen Admiralität angekündigten Maßnahmen ergeben könnten, und dem Eintritt von Ereignissen vorzubeugen, die die zwischen den beiden Regierungen bisher in so glücklicher Weise bestehenden freundschaftlichen Beziehungen zu trüben vermöchten.

Die Deutsche Regierung glaubt für die Versicherung bei der Regierung der Vereinigten Staaten um so mehr auf volles Verständnis rechnen zu dürfen, als das von der deutschen Admiralität angekündigte Vorgehen, wie in der Note vom 4. d. Mts. eingehend dargelegt wurde, in keiner Weise gegen den legitimen Handel und die legitime Schifffahrt der Neutralen gerichtet ist, sondern lediglich eine durch Deutschlands Lebensinteressen erzwungene Gegenwehr gegen die völkerrechtswidrige Seekriegsführung Englands darstellt, die sich bisher durch keinerlei Einspruch der Neutralen auf die vor dem Kriegsausbruch allgemein anerkannte Rechtsgrundlage hat zurückführen lassen.

Um in diesem kardinalen Punkte jeden Zweifel auszuschließen, erklärt sich die Deutsche Regierung nochmals die Sachlage festzustellen: Deutschland hat bisher die geltenden völkerrechtlichen Bestimmungen auf dem Gebiete des Seekrieges gewissenhaft beobachtet, insbesondere hat es dem gleich zu Beginn des Krieges gemachten Vorschlag der amerikanischen Regierung, nunmehr die Londoner Seekriegsrechts-Erklärung zu ratifizieren, unverzüglich zugestimmt, und deren Inhalt auch ohne solche formelle Bindung unverändert in sein Vorgehen übernommen. Die Deutsche Regierung hat sich an diese Bestimmungen gehalten, auch wo sie ihren militärischen Interessen zuwiderstehen; so hat sie beispielsweise bis auf den heutigen Tag die Lebensmittelfuhr von Dänemark nach England zugelassen, obwohl sie diese Zufuhr durch ihre Seekriegskräfte sehr wohl hätte unterbinden können.

Im Gegensatz hierzu hat England selbst schwere Verletzungen des Völkerrechts nicht gescheut, wenn es dadurch den friedlichen Handel Deutschlands mit dem neutralen Ausland lähmen konnte. Auf Einzelheiten wird die Deutsche Regierung hier um so weniger eingehen brauchen, als solche in der ihr zur Kenntnis mitgeteilten amerikanischen Note an die Britische Regierung vom 28. Dezember v. J. auf Grund fünfmonatlicher Erfahrungen zutreffend, wenn auch nicht erschöpfend, dargelegt sind.

Alle diese Uebergriffe sind zugehört worden und darauf gerichtet, Deutschland von aller Zufuhr abzuschneiden und dadurch die friedliche Zivilbevölkerung dem Hungertode preiszugeben, in jedem Kriegsjahr und jeder Menschlichkeit widersprechendes Verfahren.

Die Neutralen haben die völkerrechtswidrige Unterbindung ihres Handels mit Deutschland nicht zu verhindern vermocht. Die amerikanische Regierung hat zwar, wie Deutschland gern anerkennt, gegen das englische Verfahren Protest erhoben; trotz dieses Protestes und der Proteste der übrigen neutralen Regierungen hat England sich von dem eingeschlagenen Verfahren nicht abbringen lassen. So ist noch vor kurzem das amerikanische Schiff „Wilmington“ von englischer Seite aufgegriffen worden, obwohl seine Ladung lediglich für die deutsche Zivilbevölkerung bestimmt war und nach einer ausdrücklichen Erklärung der deutschen Regierung nur für diesen Zweck verwendet werden sollte.

Dadurch ist folgender Zustand geschaffen worden: Deutschland ist unter stillschweigender oder protestierender Duldung der Neutralen von der

überseeischen Zufuhr so gut wie abgeschnitten, und zwar nicht nur hinsichtlich solcher Waren, die absolute Konterbande sind, sondern auch hinsichtlich solcher, die nach dem vor Kriegsausbruch allgemein anerkannten Recht nur relative Konterbande oder überhaupt keine Konterbande sind.

England dagegen wird unter Duldung der neutralen Regierungen nicht nur mit solchen Waren versorgt, die keine oder nur relative Konterbande sind, von England aber gegenüber Deutschland als absolute Konterbande behandelt werden (Lebensmittel, industrielle Rohstoffe usw.), sondern sogar mit Waren, die stets und unzweifelhaft als absolute Konterbande gelten. Die Deutsche Regierung glaubt insbesondere und mit dem größten Nachdruck darauf hinweisen zu müssen, daß ein auf

viele Hunderte von Millionen Mark geschätzter Waffenhandel amerikanischer Lieferanten

mit Deutschlands Feinden besteht. Die Deutsche Regierung gibt sich wohl Rechenschaft darüber, daß die Ausübung von Rechten und die Duldung von Unrecht seitens der Neutralen formell in deren Versehen steht und keinen formellen Neutralitätsbruch involviert; sie hat infolgedessen den Vorwurf des formellen Neutralitätsbruchs nicht erhoben. Die Deutsche Regierung kann aber — gerade im Interesse voller Klarheit in den Beziehungen beider Länder — nicht umhin, hervorzuheben, daß sie mit der gesamten öffentlichen Meinung Deutschlands sich dadurch schwer benachteiligt fühlt, daß die Neutralen in der Wahrung ihrer Rechte auf den völkerrechtlich legitimen Handel mit Deutschland bisher keine oder nur unbedeutende Erfolge erzielt haben, während sie von ihrem Recht, den Konterbandehandel mit England und unseren anderen Feinden zu dulden, uneingeschränkten Gebrauch machen. Wenn es das formale Recht der Neutralen ist, ihren legitimen Handel mit Deutschland nicht zu schälen, ja sogar sich von England zu einer bewußten und gewollten Einschränkung des Handels bewegen zu lassen, so ist es auf der anderen Seite nicht minder ihr gutes, aber leider nicht angewandtes Recht, den Konterbandehandel, insbesondere den Waffenhandel mit Deutschlands Feinden, abzustellen.

Bei dieser Sachlage sieht sich die Deutsche Regierung, nach sechs Monaten der Geduld und des Abwartens, genötigt, die mörderische Art der Seekriegsführung Englands

mit scharfen Gegenmaßnahmen

zu erwidern. Wenn England in seinem Kampf gegen Deutschland den Hunger als Bundesgenossen anruft, in der Abicht, ein Kulturvolk von 70 Millionen vor die Wahl zwischen elendem Verkommen oder Unterwerfung unter seinen politischen und kommerziellen Willen zu stellen, so ist heute die Deutsche Regierung entschlossen, den Handschuh aufzunehmen und an den gleichen Bundesgenossen zu appellieren; sie vertraut darauf, daß die Neutralen, die bisher sich den für sie nachteiligen Folgen des englischen Handelskrieges stillschweigend oder protestierend unterworfen haben, Deutschland gegenüber ein geringeres Maß von Duldsamkeit zeigen werden, und zwar auch dann, wenn die deutschen Maßnahmen, in gleicher Weise wie bisher die englischen, neue Formen des Seekrieges darstellen.

Darüber hinaus ist die Deutsche Regierung entschlossen, die Zufuhr von Kriegsmaterial an England und seine Verbündeten mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterdrücken, wobei sie als selbstverständlich annimmt, daß die neutralen Regierungen, die bisher gegen den Waffenhandel mit Deutschlands Feinden nichts unternommen haben, sich der gewaltsamen Unterdrückung dieses Handels durch Deutschland nicht zu widersetzen beabsichtigen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat die deutsche Admiralität die von ihr näher bezeichnete Zone als Seekriegsgebiet erklärt. Sie wird dieses Seekriegsgebiet soweit wie irgend möglich durch Minen sperren, auch die feindlichen Handelsschiffe auf jede andere Weise zu vernichten suchen.

So sehr nun auch der Deutschen Regierung bei dem Handeln nach diesen zwingenden Gesichtspunkten jede absichtliche Ver-

nichtung neutraler Menschenleben und neutralen Eigentums fernliegt, so will sie doch auf der anderen Seite nicht verkennen, daß durch die gegen England durchzuführenden Aktionen Gefahren entstehen, die unterschiedslos jeden Handel innerhalb des Seekriegsgebietes bedrohen. Dies gilt ohne weiteres von dem Minenkrieg, der auch bei strengster Innehaltung der völkerrechtlichen Grenzen jedes dem Minengebiet sich nähernde Schiff gefährdet.

Zu der Hoffnung, daß die Neutralen sich hiermit ebenso wie mit den ihnen durch die englischen Maßnahmen bisher zugefügten schweren Schädigungen abfinden werden, glaubt die Deutsche Regierung um so mehr berechtigt zu sein, als sie gewillt ist, zum Schutz der neutralen Schifffahrt sogar im Seekriegsgebiet alles zu tun, was mit der Durchführung ihres Zweckes irgendwie vereinbar ist.

Sie hat den ersten Beweis für ihren guten Willen geliefert, indem sie die von ihr beabsichtigten Maßnahmen mit einer Frist von nicht weniger als 14 Tagen ankündigte, um der neutralen Schifffahrt Gelegenheit zu geben, sich auf die Vermeidung der drohenden Gefahr einzurichten. Letzteres geschieht am sichersten durch das Fernbleiben von dem Seekriegsgebiet.

Die neutralen Schiffe, die trotz dieser, die Erreichung des Kriegszweckes gegenüber England schwer beeinträchtigenden langfristigen Ankündigung sich in die geperreten Gewässer begeben, tragen selbst die Verantwortung für etwaige unglückliche Zufälle. Die Deutsche Regierung ihrerseits lehnt jede Verantwortung für solche Zufälle und deren Folgen ausdrücklich ab.

Ferner hat die Deutsche Regierung lediglich die Vernichtung der feindlichen innerhalb des Seekriegsgebietes angetroffenen Handelsschiffe angekündigt, nicht aber die Vernichtung aller Handelsschiffe, wie die amerikanische Regierung irrtümlich verstanden zu haben scheint. Auch diese Beschränkung, die die Deutsche Regierung sich auferlegt, ist eine Beeinträchtigung des Kriegszweckes, zumal da bei der Auslegung des Begriffs der Konterbande, die Englands Regierung gegenüber Deutschland beibehält hat und die demgemäß die Deutsche Regierung auch gegen England anwenden wird, auch den neutralen Schiffen gegenüber die Präsumption dafür sprechen wird, daß sie Konterbande an Bord haben. Auf das Recht, das Vorhandensein von Konterbande in der Fracht neutraler Schiffe festzustellen und gegebenenfalls aus dieser Feststellung die Konsequenzen zu ziehen, ist die Kaiserliche Regierung natürlich nicht gewillt zu verzichten.

Die Deutsche Regierung ist schließlich bereit, mit der amerikanischen Regierung jede Maßnahme in die ernsthafteste Erwägung zu ziehen, die geeignet sein könnte, die legitime Schifffahrt der Neutralen im Kriegsgebiet sichergzustellen. Sie kann jedoch nicht übersehen, daß alle Bemühungen in dieser Richtung durch zwei Umstände erheblich erschwert werden: 1. durch den inzwischen wohl auch für die amerikanische Regierung außer Zweifel gestellten Mißbrauch der neutralen Flagge durch die englischen Handelsschiffe; 2. durch den bereits erwähnten Konterbandehandel insbesondere mit Kriegsmaterial der neutralen Handelsschiffe.

Insichtlich des letzteren Punktes gibt sich die Deutsche Regierung der Hoffnung hin, daß sich die amerikanische Regierung bei nochmaliger Erwägung zu einem

dem Geiste wahrhafter Neutralität entsprechenden Eingreifen

veranlaßt sehen wird.

Was den ersten Punkt anbelangt, so ist der deutscherseits der amerikanischen Regierung bereits mitgeteilte

Geheimbefehl der britischen Admiralität,

der den englischen Handelsschiffen die Benutzung neutraler Flaggen anempfiehlt, hat, inzwischen durch eine Mitteilung des britischen Auswärtigen Amtes, das jenes Verfahren unter Berufung auf inneres englisches Recht als völlig einwandfrei bezeichnet, bestätigt worden. Die englische Handelsflotte hat den ihr erteilten Rat auch sogleich befolgt, wie der amerikanischen Regierung aus den Fällen der Dampfer „Lusitania“ und „Laertes“ bekannt sein dürfte. Weiter hat die britische Regierung die englischen Handelsschiffe

Ungarische Kriegsbriefe.

Zehn Tage in Ruffisch-Polen.

Zehn Tage lang durchzog ich das Gebiet von Ruffisch-Polen, mich beeilend, wie der Sturm der Geschichte, der vor nicht gar langer Zeit über diese Gegend strich. Mit der Eisenbahn, auf dem Pauerwagen und in dem rasch dahinschießenden Auto zog ich den Spuren der verfolgten und verfolgenden Truppen nach und jetzt, da ich Rechenschaft über das Gesehene geben sollte, werde ich jetzt sprachlos, und weiß kaum, was ich sah. In einem einzigen erschütternden Bilde liegt das Ganze zusammen ohne Anfang und ohne Ende. Zuräthbar wirkten auf mich die Eindrücke der Gesehensnisse.

Zwischen Trümmern und Ruinen.

Durch die Waffen der vereinigten deutschen und österreichisch-ungarischen Armeen wurde ein mächtiges Stück Land dem großen Jarenzeiße abgetrennt. Im weitesten größten Teile von Ruffisch-Polen herrschen die Soldaten der vereinigten Truppen. Das ist ein Erfolg des erlittertesten, wilden und opfervollen Kampfes, der hier geführt wurde. Der Weg, den ich durchzog, erzählt davon auf Schritt und Tritt. Häuser, in denen noch vor einigen Tagen friedliche Familien lebten, liegen in Staub und Asche. Ruinen geben Kunde von ehemals hier gelegenen Dörfern. An Stelle von Eisenbahnstationen ragt im besten Falle ein Schornstein in die Luft. Sprengte Brücken, aufgerissene Säulen, zerstörte Wasserwerke sind die Zeichen der hier stattgefundenen schweren Kämpfe. Diese Zerstörungen sind russische Taten, die, ehe sie den Rückzug antraten, alles dem Erdboden gleichmachten.

Bei den Gräbern.

Zwergtannen umsäumen das Gebiet, das vom Kriege zerzaust vor uns liegt. Ein verlassenes Schlachtfeld, die Erde überall aufgewühlt. Laufgräben und Schützengräben schlängeln sich weit und breit ineinander, nebeneinander, nacheinander vor uns, kreuz und quer auf Schritt und Tritt. Was kann hier vorgegangen sein? Welch verzweifelter entscheidender Kampf wurde hier von den Soldaten geführt? Was haben die Soldaten hier geschaffen, ehe sie flohen oder starben. Der namenlose, tapfere Soldat, der seine treue Gattin, seine lieben Kinder, den Anaben und das blaueäugige Mädchen dahingelassen und nach Ruffisch-Polen zog, woran dachte er? Viele starben, gewiß, aber Siege kann man ohne Opfer, ohne Helden und verblichene Krieger nicht erringen. An den Schützengräben, dort und da stehen Kreuze auf frischen Gräbern in mit Blut und Tränen getränktem Erdboden. Deutsche, ungarische, österreichische, russische Soldaten ruhen dort friedlich nebeneinander und tun sich gegenseitig kein Leid mehr.

Auf den Kreuzen der ungarischen Soldatengräber sind ungarische Aufschriften, auf den deutschen Grabkreuzen sind deutsche Aufschriften, russische Aufschriften sind den russischen Soldaten gewidmet. Ein Grab ist mit Tannenreisig geschmückt, auf das andere setzte man einen Tschako, ein drittes zierte ein Helm, auf dem vierten liegt ein Rosenkranz, auf dem fünften eine Schrapnellhülse, dieselbe, die ihm das Herz zertrug, auf dem sechsten, hundertsten, tausendsten... So ist kein Ende, so viele ruhen hier friedlich nebeneinander. Starr sind ihre Hände, sie können einander nicht mehr fassen, stoßen, morden, die deutschen, ungarischen, russischen, öster-

reichischen Soldaten, die ihre Gräber dort in der endlosen Steppe gefunden.

An die Front!

Bei Oberberg verließ ich die Grenze und ein schönes deutsches Gelände überschreitend kam ich in die erste ruffisch-polnische Station: Sosnowice. Hier nahm das Bild der Vernichtung seinen Anfang. Wendzin, Dombrova, Jawiercie, Rysowo verlassen, gelangte ich in das von den Deutschen besetzte Gzenstochau. Ich stand vor der berühmten „schwarzen Madonna“, wo die gläubigen Polen für den Frieden beteten. Nach dem schmutzigen Marktplatz von Noworadomsk kamen die regellosen Gassen von Piotrkow, in denen es recht laut und lebhaft zing und nun fort an die Front, in die Feuerlinie und in die Schützengräben. Kaum war ich fähig, den schnellen Wechsel der vorbeischießenden Bilder festzuhalten, noch war mein taumelndes Auge von dem einen gebannt, so nahm mich das zweite gefangen. Und ich bemühte mich, die blaffen Linien der ineinanderstreichenden Bilder dem Leser zu zeichnen. Nicht in beständiger Reihenfolge, sondern wie sie vor mir dispositionhaft auf-tauchten.

In der Beschreibung meiner Reise in Ruffisch-Polen gebührt dem „Hindenburgdorf“ ein eigenes Kapitel, als ein liebes, besonderes Zeichen sozialen Charakters auf dem ruffischen Schlachtfeld. Ich muß alles andere zurückstellen und davon sprechen, wie alle in der Front von „Hindenburgdorf“ sprechen. Gleich in der ersten halben Stunde in Piotrkow wurden wir darauf aufmerksam gemacht von dem unsere Gruppe führenden Oberleutnant: „Wenn wir an die Front kommen, werden die Herren das „Hindenburgdorf“ kennen lernen. So etwas haben Sie doch noch nicht gesehen.“ Und als wir am dritten Tage an die Front kamen, wendete sich der Kommandant in einer vor der Front gelegenen Gemeinde an den zu unserer Gruppe ebenfalls eingeteilten Berichterstatter der „Wiener Arbeiterzeitung“. Gen. Schulz, mit den Worten: „Jetzt werden Sie bald „Hindenburgdorf“ sehen, Sie werden staunen, was unsere braven Soldaten zustande gebracht haben, wie sie im Kriege zu arbeiten verstehen, diese hartgebotenen Jungen.“

Die Stuhlweihenburger Kinder.

In dem Walde an einem in der Nähe liegenden Dorfe stehen zum größten Teile Stuhlweihenburger Soldaten das „Hindenburgdorf“ entstehen, das, seinem Namen entsprechend, tatsächlich ein typisches Dorf ist. An der Wichtung des Waldes, an einem dünnen Baumstamm angebracht, prangt die Tafel:

Hindenburgdorf Großgemeinde

Wo die Tafel steht, dort beginnt auch das seltsame Dorf. Eine kleine Brücke führt hinein, die „Kaiser-Wilhelm-Brücke“. Gleich am Eingange haben die Soldaten zwei Blumenbeete hergerichtet. Wie ein kleiner schöner Blumengarten mulet deshalb „Hindenburgdorf“ im ersten Augenblicke an. Niemand weiß, wer das den Namen des vollstimmlichen Feldherrn tragende Dorf zu bauen begonnen hat. Tatsache ist, daß es schön ausgebaut ist und vollendet dasteht. Häuser, Straßen, Plätze, sogar Ringstraßen sind im Hindenburgdorf zu finden. Die kleinen Wohnhäuser wurden von den Soldaten aus der Erde herausgehoben. Tannenreisig, Stroh und wer weiß noch was für Material lie hierzu verwendeten. Genug, es wurden recht schöne wohnliche Häuser und Räume ge-

schaffen. Die Häuschen haben Fenster und Türen, jedes einzelne ist mit einem Ofen und einem Rauchabzugrohr versehen, so daß jedes von ihnen ladellos geheizt werden kann und einen angenehmen Aufenthalt bietet. Mit Stroh gefüllte Betten, Tische, Sessel, sogar Spiegel sind in den Wohnungen vorhanden und in den meisten von ihnen hängen die Bilder der daheimgebliebenen Frauen und Kinder...

Idyll hinter den Schützengräben.

All das befindet sich ein paar hundert Schritte vor den russischen Schützengräben und einige Schritte hinter der Feuerlinie der österreichisch-ungarischen Truppen. In dem Dorfe wohnen besonders die Pioniere des Regiments. Die Häuser wurden in gerade Reihen gestellt und so geordnet, daß Gassen, Plätze und Ringstraßen dadurch gebildet wurden. Es gibt da einen Prinz-Joachim-Platz, Lubendorfsplatz, Böhmstraße, Felixring, Terzhanskyplatz. Mit einem Worte, unter dem heftigsten Feuer der russischen Waffen wurde hier aus der Erde ein Dorf herausgestampft. Ueber das Hindenburgdorf fliegen oft die russischen Granaten, das gemerische Feuer tobt oft über den Häusern, aber Schaden wurde bisher noch wenig angerichtet. Die Bäume der Umgebung hat der Granatensturm der Russen wohl mitgenommen. Sie liegen zertrümmert, gespalten, aus der Erde gefället weit und breit herum, aber das Dorf befindet sich in guter Dedung und nahm bisher keinen ersten Schaden.

Der Friedhof.

Und damit die eigentümliche Anstellung vollständig ist, hat sie auch ihren Friedhof. Ein in solcher Gegend stehendes Dorf braucht allerdings auch einen Friedhof. Der Friedhof ist eine regelrechte Anlage, er entstand von selbst, als er notwendig wurde. Dort am Ende des Dorfes erhebt sich ein großes Kreuz über dem Grabe. Vier Soldaten sind hier gebettet und das Kreuz trägt folgende Aufschrift:

Den Helden Tod fürs Vaterland und für den König fanden hier der Infanterist Johann Wirtg, Gefreiter Stefan Schneider, die Infanteristen Stefan Vida und Ludwig Biré, die in Hindenburgdorf von den feindlichen Augen getroffen wurden.

Auf dem Friedhof herrscht nicht die Ruhe, die den Toten nun einmal gebühren würde. Unausgesetzt brummen hier die schweren Geschütze des Gegners herüber, die von den Soldaten scherzweise die „Brunnenbohrer“ genannt werden, weil die Geschosse sich in die Erde bohren und tiefe Löcher reißen.

Die Helden des Dorfes.

Zu den Einwohnern des Dorfes zählen eine hübsche Anzahl ausgezeichneter Helden. So z. B. der Wachtmeister Jareg, der Besitzer des goldenen Verdienstkreuzes. Die Auszeichnung hat er bekommen, weil er anlässlich eines Aufzuges mit einem Maschinengewehr auf die Brücke stürzte und ganz allein die vormaligen Rufen aufhielt. Jugsführer Heinrich Weiß hat einen Planenangriff der Russen mit einer Pionierabteilung zurückgeworfen. Rossko Schwarz hat trotz des Rückzugsbefehles auf seinem Platze ausgehalten und kam später mit 700 gefangenen Russen zurück. Auch die im Kampfe ausgezeichneten Mihaly und Gspö sind Bewohner des Dorfes. Hindenburgdorf liegt weit in Ruffisch-Polen im Kugelregen der feindlichen Geschütze. Es macht seinem Namen alle Ehre.

mit Waffen versehen und sie angewiesen, den deutschen Unterseebooten

gewaltigsten Widerstand

zu leisten. Unter diesen Umständen ist es für die deutschen Unterseeboote sehr schwierig, die neutralen Handelsschiffe als solche zu erkennen; denn auch eine Untersuchung wird in den meisten Fällen nicht erfolgen können, da die bei einem markierten englischen Schiff zu erwartenden Angriffe das Untersuchungskommando und das Boot selbst der Gefahr der Vernichtung aussetzen.

Die britische Regierung wäre hiernach in der Lage, die deutschen Maßnahmen illusorisch zu machen, wenn ihre Handelsflotte bei dem Mißbrauch neutraler Flaggen verharret und die neutralen Schiffe nicht anderweit in geeigneter Weise gekennzeichnet werden. Deutschland muß aber in dem Notfall, in den es rechtswidrig verwickelt wird, seine Maßnahmen unter allen Umständen wirksam machen, um dadurch den Gegner zu einer dem Völkerrecht entsprechenden Führung des Seekriegs zu zwingen und so die

Freiheit der Meere,

für die es von jeher eingetreten ist und für die es auch heute kämpft, wiederherzustellen.

Die deutsche Regierung hat es daher begrüßt, daß die amerikanische Regierung gegen den rechtswidrigen Gebrauch ihrer Flagge bei der britischen Regierung Vorstellungen erhoben hat, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Vorgehen England künftig zur Achtung der amerikanischen Flagge veranlassen wird.

In dieser Erwartung sind die Befehlshaber der deutschen Unterseeboote, wie bereits in der Note vom 4. d. Mts. zum Ausdruck gebracht worden ist, angewiesen worden, Gewalttätigkeiten gegen amerikanische Handelsschiffe zu unterlassen, soweit sie als solche erkennbar sind.

Um in der sichersten Weise allen Folgen einer Verwechslung — allerdings nicht auch der Mißverständnisse — zu begegnen, empfiehlt die deutsche Regierung den Vereinigten Staaten, ihre mit friedlicher Ladung betrahteten, den englischen Seekriegsschiffen ähnlichen Schiffe

durch Konvoierung kenntlich

zu machen. Die deutsche Regierung glaubt dabei voraussetzen zu dürfen, daß nur solche Schiffe konvoiert werden, die keine Waren an Bord haben, die nach der von England gegenüber Deutschland angemessenen Auslegung als Konterbande zu betrachten sind. Ueber die Art der Durchführung einer solchen Konvoierung ist die deutsche Regierung bereit, mit der amerikanischen Regierung alsbald in Verhandlungen einzutreten. Sie würde es aber mit besonderem Dank anerkennen, wenn die amerikanische Regierung ihren Handelsschiffen dringend empfehlen wollte, jedenfalls bis zur Regelung der Flaggenfrage den englischen Seekriegsschiffen ähnlich zu verhalten.

Die deutsche Regierung gibt sich der zuberstehenden Hoffnung hin, daß die amerikanische Regierung den schweren Kampf, den Deutschland um sein Dasein führt, in seiner ganzen Bedeutung würdigen und aus den vorstehenden Aufklärungen und Zusagen ein volles Verständnis für die Beweggründe und Ziele der von ihr angefügten Maßnahmen gewinnen wird.

Die deutsche Regierung wiederholt, daß sie in der bisher peinlich von ihr geübten Rücksicht auf die Neutralen sich nur unter dem stärksten Zwang der nationalen Selbsterhaltung zu den geplanten Maßnahmen entschlossen hat. Sollte es der amerikanischen Regierung vermöge des Gewichts, das sie in die Waagschale des Geschickes der Völker zu legen berechtigt und imstande ist, in letzter Stunde noch gelingen, die Gründe zu beseitigen, die der deutschen Regierung jenes Vorgehen zur gebieterischen Pflicht machen, sollte die amerikanische Regierung insbesondere einen Weg finden, die Beachtung der Londoner Seekriegsrechtsklärung auch von Seiten der mit Deutschland kriegführenden Mächte zu erreichen und Deutschland dadurch die legitime Zufuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen zu ermöglichen, so würde die deutsche Regierung hierin ein nicht hoch genug anzuschlagendes Verdienst um die humanere Gestaltung der Kriegführung anerkennen und aus der also geschaffenen neuen Sachlage gern die Folgerungen ziehen.

Politische Uebersicht.

Zeitungsverbot.

Vom stellvertretenden Generalkommando wurde in Würzburg die „Neue bayerische Landeszeitung“, das Organ des bayerischen Bauernbundes, auf drei Tage verboten.

Die Kartoffel-Höchstpreise.

Der „Reichsanzeiger“ vom 17. d. Mts. veröffentlicht die Bundesrats-Bekanntmachung über die Erhöhung der Kartoffel-Höchstpreise. Danach darf der Preis für eine Tonne inländischer Speisekartoffeln beim Verkauf durch den Produzenten (Landwirt) bei den besseren Sorten (Daber, Imperator, Magnum bonum, Up to date) 90 bis 96 Mark, bei allen anderen Sorten 85 bis 91 Mark, je nach dem Produktionsgebiet, nicht übersteigen. Die Höchstpreise sollen gelten für gute, gesunde Speisekartoffeln von 3,4 Zentimeter Mindestgröße bei sortenreiner Lieferung. Der Preis für Frühkartoffeln wird auf 20 Mark pro Doppelzentner (200 Mark pro Tonne) festgesetzt. Als Frühkartoffeln gelten Kartoffeln, die in der Zeit vom 1. Mai bis 15. August geerntet werden. Die Erhöhung der Höchstpreise tritt mit dem Tage der Verkündung, also sofort in Kraft.

Leider ist in der neuen Verordnung auch der alte Passus geblieben, daß Saatkartoffeln und Salatkartoffeln der Preisbegrenzung nicht unterliegen. Damit wird die Umgehung der bedauerlicherweise erhöhten Preise weiter gefördert. Bekanntlich geben zahlreiche Händler selbst schlechtere Kartoffeln nur als „Saatkartoffeln“ zu noch höheren Preisen ab, und die Kartoffelnot zwingt die Konsumenten, sich stillschweigend in diesen Betrag zu fügen. Wenn die Regierung sich nicht zur Bestandsaufnahme und Beschlagnahme aller Kartoffelvorräte entschließt, werden Landwirte und Händler ihre Bestände weiter zurückhalten und selbst die erhöhten Höchstpreise werden nur auf dem Papier stehen.

Zur Erhöhung der Kartoffelpreise.

Trotz aller Bedenken, die von den Konsumenten erhoben wurden hat bekanntlich die Regierung die Kartoffelpreise erheblich heraufgesetzt. Wenn allein sie damit einen Gefallen tut, mag sie aus Ausführungen entnehmen, die auf der zweiten deutschen Kartoffelgroßhändler-Tagung in Düsseldorf am 14. d. M. gemacht wurden. Dort erklärte der Oekonomierat Dr. Reinhard aus Bonn, Generalsekretär der Landwirtschaftskammer für die Rheinprovinz, u. a.:

Die reichen Kartoffelernter hatten „uns“ durch die niedrigen Preise oft in Verlegenheit gebracht. Die niedrigen Preise seien wohl für die Konsumenten gut, aber „uns“ (den Landwirten) durchaus nicht immer erwünscht. Als der Krieg länger anhielt, als zuerst erwartet worden sei, hatten die Landwirte aus Sorge um die Viehbestände die Kartoffeln zurückgehalten. Im Rheinland sei schon früher viel Roggen an das Vieh verfüttert

worden. Wenn die Futtermittel um 100 und mehr Prozent stiegen und der Landwirt habe Kartoffeln im Keller, dann gebe er sie eben nicht heraus, und wenn noch so viel geboten wird. Der Preissteigerungen ausnützen wolle, sei deswegen auch noch kein schlechterer Patriot als andere, die Händler würden dies wohl verstehen! Wenn in diesem Jahre vielleicht mal etwas höhere Preise genommen worden seien, so seien dies Gewohnheiten, die im Handel begründet lägen, solche berechtigten Gewohnheiten ließen sich nicht einfach aus der Welt schaffen! Wenn die Lage „gut“ sei, verliere man eben Gewinne zu machen.

Ueber das Inlandsgeschäft, auch mit Rücksicht auf den Saatkartoffelhandel, sprach Herr. Ewald aus Düsseldorf. Er hat bei seinen Einfahrtsreisen die Erfahrung gemacht, daß im Osten und im Norden noch reichliche Vorräte lagern. Er erklärte weiter, die Landwirte seien dahinter gekommen, daß sie bei Umgehung der Höchstpreisverordnung strafflos ausgingen! Im Osten würden viel Kartoffeln durch die einfachste Art der Verladung vernichtet (zertritten)! Es sei bedenklich, Dehland mit Kartoffeln zu bepflanzen wegen der Gefahr, daß da Saatgut vergeudet werde. Von dem rohen Boden könne man keine guten Früchte gewinnen. Besser sei es, auf Dehlandereien Gemüse zu ziehen. Wenn die Höchstpreise um 0,50—1,00 M. erhöht würden, versprach der Redner, daß „wir“ ein ganz gesundes Geschäft bekommen! Seiner Schätzung nach ist Ware genügend da. Mit dem Einkauf von Saatkartoffeln sollte man ruhig die Zeit abwarten.

Als letzter Redner kam der Verbandspräsident Dr. Arno Schade aus Düsseldorf zum Wort. Der Mann sagte, man müsse zugeben, daß Brot nicht mehr die Hauptnahrung sei, man habe sich mehr an die Fleischnahrung gewöhnt. Wir müßten aber darauf hinaus, daß unser Pflanzenvorrat nicht erst in Fleisch umgewandelt werde. Wir müßten da so schnell wie möglich eine Veränderung schaffen. Und wir müßten jetzt rasch entscheiden, was richtiger sei, Kartoffeln oder billige Preise. Beides zugleich könnten wir nicht haben! Sei denn das so schlimm, wenn eine Familie den „kleinen“ Betrag von 20 Mark mehr für Kartoffeln ausgeben? Dies Opfer müsse im Interesse der Sicherung unserer Ernährung gebracht werden. Höchstpreise könnten nicht helfen. Niemand könne bestraft werden, der 3,25 M. nehme, wenn der Preis 2,75 M. sei. Man wisse, daß dann fast alle Händler und Landwirte in Deutschland bestraft werden müßten. (Unruhe in der Versammlung.) Ja, meine Herren, wir wollen aufrichtig sein.

Bei derartigen Anschauungen und Gewohnheiten in den Kreisen der Händler und Landwirte sollte die Regierung schärfere Maßnahmen gegen sie ergreifen, anstatt den Wünschen dieser Interessenten nachzugeben!

Keine Höchstpreise für Schweine.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ von unterrichteter Stelle erfährt, will die Regierung die Preise für Schweine auf der jetzigen Höhe lassen und neuen Preissteigerungen entgegensehen, ohne schon jetzt durch Höchstpreise weiteren Verteuerungen vorzubeugen. Zwar hätten Beratungen über die Festsetzung von Schweinehöchstpreisen stattgefunden, aber man wolle von Ausnahmen absehen, weil die Festsetzung eines Einheitspreises infolge der verschiedenen Qualitäten innerhalb des Schweinebestandes unmöglich sei. Dieser Einwand ist unseres Erachtens unerheblich, da im Handel gewisse Normen bestehen, die bei der Festsetzung von Höchstpreisen hätten berücksichtigt werden können.

Gerade in den letzten Wochen sind die Schweinepreise außerordentlich gestiegen. Nach Kölner Notierungen stieg der Preis für 1 Zentner Schlachtgewicht seit Ende Januar bis Mitte dieses Monats von 64—66 M. bis auf 106—110 M. in die Höhe. Begrenzung der Preise und Beschlagnahme des schlachtreifen Viehes kann allein vor weiterer Steigerung bewahren.

Keine verfrähte Rückkehr der ostpreussischen Flüchtlinge.

Amstich. Berlin, 17. Februar. (M. L. B.) Auch bei der, durch die jetzigen Kämpfe in Ostpreußen herbeigeführten neuen Lage ist eine allgemeine Rückkehr der Flüchtlinge in die bisher noch nicht zur Rückkehr freigegebenen Kreise, da die Unterbringung und Verpflegung nicht genügend sichergestellt ist, jetzt noch nicht möglich. Allgemein ist die Rückkehr auch jetzt noch nur in den ganzen Regierungsbezirk Königsberg, in den Kreis Niederung und in die Kreise Allenstein Stadt und Land, Rößel und Osterode zulässig.

Es erscheint aber dringend erwünscht, daß sich schon jetzt in die bisher noch nicht freigegebenen Kreise die Staats-, Kreis- und Gemeindebeamten, einschließlich der Gemeindeführer und der Lehrer, zunächst ohne ihre Familien, begeben. Diesen Personen werden daher von den Landräuten (Polizeipräsidenten, Ersten Bürgermeistern) der Orte, in denen sie bisher untergebracht waren, oder in denen sie sich bisher aufhielten, sofern sie ihre Beamteneigenschaft genügend glaubhaft machen, Bescheinigungen ausgestellt werden, auf Grund deren ihnen von der Eisenbahnbehörde Freifahrt nach Ostpreußen gewährt werden wird. Die Bescheinigungen besagen, daß der Inhaber zurzeit mittellos ist, und daß seiner Rückkehr nach Ostpreußen in den genau zu bezeichnenden Heimatort keine Bedenken entgegenstehen.

Es soll ferner schon jetzt die Rückkehr solcher Personen in die bisher nicht freigegebenen Kreise gefördert werden, die als Landwirte oder Gewerbetreibende dort dringend nötig sind. Diesen wird aber die dorewähnte Bescheinigung nur dann ausgestellt werden, wenn sie einen schriftlichen Ausweis des Landrats ihres Heimatkreises vorlegen, wodurch sie zur Rückkehr ihres Berufsberufes ermächtigt werden. Der Ausweis wie die darauf ausgestellte Bescheinigung gilt stets nur für die darin bezeichnete Person.

Allen übrigen Personen muß die Bescheinigung zur Erlangung eines Freifahrtscheins zur Rückkehr in die bisher nicht freigegebenen Kreise bis auf weiteres unter allen Umständen verweigert werden. Durch Anschläge an den Bahnhöfen und durch andernweitige Bekanntmachungen usw. werden die Flüchtlinge darauf hingewiesen werden, daß — einer Anordnung des Oberkommandos der Ostarmee entsprechend — Flüchtlinge, die ohne Freifahrtscheine auf eigene Faust zurückkehren, vor dem Betreten der ostpreussischen Grenze polizeilich aufgehalten und in den Kreis, in dem sie bisher untergebracht waren oder sich aufhielten, zurückgeschafft werden.

Sollten demnächst weitere Erleichterungen in der Rückkehr der Flüchtlinge möglich werden, so werden sie sofort bekanntgemacht werden.

Magistrats-Aussicht in Mitglieder-Versammlungen.

Nachdem das stellvertretende Generalkommando vom 2. Armeekorps die Genehmigung zu einer öffentlichen Konsumerversammlung in Bromberg verweigert hatte, wurde am 4. Februar eine Mitgliederversammlung des Bromberger Konsumvereins angemeindet. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht über den Bestand unseres Geschäfts. 2. Die Volksernährung während des Krieges. 3. Vereinsangelegenheiten. Darauf wurde am 15. Februar folgende Genehmigung zur Abhaltung der Versammlung erteilt:

Die nachgesuchte Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung des Bromberger Konsumvereins am 15. d. M., abends 8 Uhr, im Arbeiterkasino, Talstr. 2, hat das stellvertretende Generalkommando 11. Armeekorps unter der Bedingung genehmigt, daß

ein Mitglied des Magistrats Vorsitz und Verantwortung in der Sitzung übernimmt.

Als Mitglied des Magistrats ist Herr Stadtrat Schwidetzky deputiert worden.

Die Versammlung hat dann auch unter dem Vorsitz des Herrn Stadtrats getagt.

Kriegsteuer.

Die Stadt Rostock beschloß, eine einmalige Kriegsteuer zu erheben. Sie soll betragen bei einem Einkommen von 3000 M. bis 6000 M. = 1 Proz., über 6000 M. = 2 Proz., Einkommen unter 3000 M. bleiben frei. Bedingung ist allerdings, daß die Landesregierung ihre Zustimmung zur Heranziehung der „Epimierten“ (Landesbeamten, Professoren der Universität, Richter usw.) gibt, die überhaupt keine städtische Steuer zahlen, sondern nur eine sehr winzige Wasserabgabe.

Keine Mandatsverlängerung des weimarschen Landtages.

Der konservative Abgeordnete Reichardt ist von der weimarschen Regierung veranlaßt worden, öffentlich zu erklären, daß seine in öffentlicher Versammlung gemachte Mitteilung von einer Mandatsverlängerung des Landtags auf einem Mißverständnis beruhe. Da scheint wohl der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen zu sein.

Landtagsersatzwahlen.

Bei der Ersatzwahl für den Rudolstädter Landtagsabgeordneten Dr. Klume aus Reiskau, der in Ostpreußen gefallen ist, wurde als Abgeordneter für den Bezirk Rudolstadt der Amtsgerichtsrat Bernhardt gewählt.

Aus Eichstätt in Bayern wird gemeldet, daß für die Landtagsersatzwahl, die am 22. März stattfinden soll, die vereinigten liberalen Parteien und die sozialdemokratische Partei sich der Stimme enthalten werden. Es soll eine Ersatzwahl für den Zentrumsabgeordneten Speck vorgenommen werden.

Zusammentritt des elsaß-lothringischen Landtages.

Der elsaß-lothringische Landtag tritt, wie die „Elsaß-Lothringische Landeszeitung“ meldet, Ende März oder Mitte April zu einer kurzen Tagung zusammen.

Zur Erklärung der preussischen Fraktion.

Das „Hamburger Echo“ bringt zu unserer Zurückweisung des Angriffs auf die preussische Landtagsfraktion eine Erwiderung, der wir folgendes entnehmen:

1. Wenn in diesem Zusammenhange überhaupt von „Disziplinbrechen“ und „Quertreibern“ gesprochen werden soll, so liegt die Sache so, daß die „Majorität“ der preussischen Landtagsfraktion tatsächlich bewußt der derzeitigen Reichspolitik der Partei in den Rücken fällt. Der Disziplinbruch liegt also bei dieser „Majorität“, und wer diese bekämpft, tritt für Disziplin und sachliche Unterordnung ein. Der „Vorwärts“, der sonst so viel auf jeden früheren Parteitagsbeschluss hält, auch dort, wo die Zeit ihn automatisch, ohne unser Zutun, über den Haufen gerannt hat, sollte sich hier daran erinnern, daß auch in der Parteisekretärrede Reichardt's vor Landesrecht gegangen ist. Viele Parteiliche haben festgelegt, daß die Landtagsfraktionen den Grundfragen der sozialdemokratischen Reichspolitik zu folgen haben, in inneren Parteifragen wie in anderen Fragen. Ein deutscher Parteitag hat nun freilich die Politik unserer Reichstagsfraktion noch nicht sanktionieren können, aber der Parteivorstand und, was in diesem Falle entscheidend ist, der Parteiaussschuß haben es, fast einmütig, nach gründlicher Erörterung getan. Wir fragen den „Vorwärts“: Hat die preussische Landtagsfraktion auch nur die Zustimmung des preussischen Landesvorstandes zu ihrem Vorgehen gegen unsere Reichspolitik eingeholt und erhalten? Haben der Parteivorstand oder der Parteiaussschuß zu diesem, die preussische und damit den größten Bestandteil der deutschen Partei festlegenden Beschluß der „Majorität“ der preussischen Fraktion ihre Zustimmung gegeben? — Weil wir wußten, daß dem nicht so ist, und weil es sich bei dieser eminent wichtigen politischen Aktion doch nicht um ein Privatunternehmen von vier oder fünf Parteilichen handelt, sondern um eine Erklärung, die nach außen hin die gesamte preussische Reichspolitik festlegen will, zugleich aber die Reichspolitik der Partei untergraben kann — um all dieser Ursachen willen allein haben wir geglaubt, der Sache die Schelle umhängen zu müssen.

Wenn das übrigens in der Form ein wenig laut und energigisch geschah, was wir gern zugeben, so brauchen wir das wirklich nicht zu entschuldigen; zumal unsere scharfe Kritik zu helfen verstanden wollte, für die Zukunft noch schlimmeres zu verhindern.

2. Die freundliche Zumutung, der Sache nach den Herren v. Heubrand und Jellich „Helferdienste“ zu leisten, läßt uns kalt. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text. Wenn sachliche Gegenstände fehlen, kommen sie immer wieder. Es handelt sich um die einfache Tatsache, daß man in dem Augenblick, wo ein Haus gegen Brand und Verwüstung mit allen Mitteln geschützt werden muß, ebensicherweise keine Diskussion über die Grundfragen des Hauses führen und seine Reparatur verlangen kann. Erst der Schutz gegen die äußeren Feinde, dann, und durchaus mit gleicher Energie, der Ausbau und die Verbesserung im Innern! Dabei bleibt es trotz „Vorwärts“ — Heubrand und Jellich.

3. Was die Beschlüsse des Internationalen Kongresses von Stuttgart und der deutschen Parteitage über den Krieg betrifft, so handeln sie bekanntlich, abgesehen von ein paar allgemeinen Wendungen, alle nur von den Maßnahmen, um einen Krieg zu verhindern, aber sie enthalten nichts Greifbares über Maßnahmen während des Krieges und erst recht nichts darüber, wie wir ihn beenden können. Den Wunsch, den Krieg zu beenden, hat jedermann; ihn aber so formulieren, wie es die Fraktionserklärung tat, heißt aber nichts anderes, wie die Feinde — natürlich ganz gegen Willen und Wunsch — glauben machen, man fühle sich zu schwach, weiterhin standzuhalten, und habe nicht mehr den Willen zum Siege. Dies aber wieder schiebt das Ende des Krieges erst recht noch weiter hinaus.

4. Das schließlich den schönen Scherz mit dem Biemordwort von den „braven Kindern“ betrifft, so enthält er „war nicht absichtlich, aber der Sache nach“ die Unterstellung, als ob wir verlangt hätten, man solle in der preussischen Politik die in der Erklärung genannten Forderungen überhaupt aufgeben, während wir sie doch geradezu das ABC der preussischen Notwendigkeiten genannt hätten! Es dreht sich nur immer wieder darum, daß wir es für völlig verfehlt hielten, die Durchführung dieser ABC-Forderung jetzt zu verlangen und jetzt für möglich zu halten. Dies, behaupten wir, fördert nur die Gegner und schädigt uns selbst. Es gibt keinen schlimmeren Fehler in der Politik, als die historische Situation und ihre Möglichkeiten zu verkennen, und es war kein geringerer als Lassaue, der die erste Voraussetzung aller politischen Erfolge in der Konzentration sah. Deshalb: erst der Sieg über die äußeren Feinde, dann mit verstärkten Kräften der neue Kampf im Innern!

Wir möchten dazu nur folgendes bemerken: Die Behauptung, die preussische Fraktion hätte die Parteidisziplin gekrochen, ist wohl nur ein schlechter Witz. Die Fraktion hat entsprechend dem Parteiprogramm und den Parteitagsbeschlüssen gehandelt und ihre

*) Ann. der Red. Unter Konvoierung versteht man die Begleitung von Handelsschiffen durch Kriegsschiffe.

Zuletzt steht auch durchaus nicht im Widerspruch zu der der Reichstagsfraktion, sondern nur im Widerspruch zu der selbständigen Auffassung des Artikelschreibers, daß die Sozialdemokratie von ihren Pflichten und ihrer eigenen Stellung gegenüberüberhaupt nicht reden dürfe. Daß ein Sozialdemokrat sich den Standpunkt Herdebrandts zu eigen machen könnte, daß politische Forderungen gegenwärtig nicht erwähnt werden dürfen, ist um so mehr wünschenswert, als eine befriedigende Regierungserklärung in der Wahlrechtsfrage die Späterbereitschaft der Arbeiter doch nur erhöhen könnte. Daß ein Volk die Erörterung solcher Fragen sehr wohl ertragen kann, beweisen die Vorgänge im englischen Parlament wohl zur Genüge. Und scheint, daß dem Artikelschreiber jedes Verständnis für die spezifischen Aufgaben unserer Partei abhanden gekommen ist.

Aus der übrigen Parteipresse möchten wir noch folgende Äußerungen wiedergeben. Die „Vorwörter Arbeiterzeitung“ schreibt: „Die hatten diese Erklärung der Landtagsfraktion für mehr als eine schlimme Entgeißelung und sind der Meinung, daß das „Hamburger Echo“, das sonst während des Krieges durchweg eine sehr verständige Haltung eingenommen hat, dieser Aufschrift die Aufnahme hätte verweigern sollen. Was unsere Fraktion durch den Genossen Dirich hat erklären lassen, war würdig und notwendig; die Fraktion hat das getan, was die preussische Arbeiterpartei in der großen Mehrheit von ihr mit Recht erwarten konnte und mußte. Daß die Erklärung der Fraktion das Mißfallen aller übrigen Parteien erregt hat, darf auf keinen Fall unser Urteil ungunstigen der Fraktion beeinflussen. Im Gegenteil: es ist sehr gut, daß den bürgerlichen Gelegenheiten gegeben worden ist, Farbe zu bekennen. Denn wir haben es nicht nur mit der Erklärung des Herrn von Herdebrandt zu tun, sondern es ist sehr wichtig, daß dieser Herr seine Erklärung im Auftrag aller Parteien gegen die Sozialdemokratie vortragen durfte. Ein besseres Echo hat die Erklärung des Herrn von Herdebrandt bei den „Botschaftern und verwandten Seelen gefunden. Das schafft ein klares Bild der innerpolitischen Lage und bewahrt die Arbeiter vor Illusionen. Zur Verleugnung unserer Grundsätze und Forderungen haben wir gar keinen Anlaß. Gewiß können wir von unseren parlamentarischen Vertretern die durch die Verhältnisse gebotene Rücksichtnahme verlangen, aber der Kritiker im „Echo“ verlangt mehr als das. Es wäre wünschenswert, um die Reichspolitik der Gesamtpartei sehr leicht zu stellen, wenn die Erklärung der Landtagsfraktion mit ihr unveränderbar wäre, ihr gar zuwider liefe. Es scheint uns, daß es dem Kritiker gar sehr an Selbstkritik fehlt. Bist du bürgerlicher Arbeiter, der bürgerlich bedauernd, daß die bürgerlichen Parteien die Erklärung der Sozialdemokraten nicht unterstützt haben. Es ist schon so, wie er sagt: „Nicht bürgerlich fordern nicht, sie bekommen aber auch nicht!“

Der „Stettiner Volksbote“ schreibt u. a.: „Wir für unseren Teil sind mit der Haltung der Mehrheit der sozialdemokratischen Abgeordnetenfraktion durchaus einverstanden und erkennen die von ihr abgegebene Erklärung als vollkommen berechtigt an, da sie den Interessen des Proletariats in jeder Weise entspricht. Die Erklärung steht nur im Einklang mit der Erklärung und der Haltung der Reichstagsfraktion, sie hat genau so wie die Erklärung des Genossen Haase das zum Ausdruck gebracht, was breite Schichten des Volkes befecht. ... Wenn nun schließlich in der Erklärung der Abgeordnetenfraktion noch die Wahlrechtsfrage eine wesentliche Rolle spielt und in der Fraktionserklärung des Reichstages nicht, so doch nur deshalb, weil sie in dem Sinne für das Reich gar nicht besteht, wie gerade für Preußen. Alles, was die Erklärung der Abgeordnetenfraktion enthält, sind so platte Selbstverständlichkeiten, die übrigens schon in der ersten Erklärung vom 22. Oktober d. J. anzutreffen sind, daß kein Sozialdemokrat und Arbeiterführer auch nur ein Wort darüber verlieren sollte. ... Wenn nun trotzdem noch sich Parteigenossen dagegen auflehnen, so gibt es unserer Meinung nach hierfür keine andere Erklärung als die, daß die Partei aus der sozialistischen Grundanschauung mehr und mehr in das Fahrwasser einer Grundlosigkeit geführt werden soll. Die, die das wollen, werden doch hoffentlich von dem Gros der Parteigenossen nicht erwartet, daß es das alles so ruhig hinnehmen soll.“

Unter Bremer Parteiblatz stimmt, indem es die Zuschrift des „Hamburger Echo“ und die Stellung des „Sonnenschein“ hierzu verurteilt, dem „Sonnenschein“ völlig zu. Und die „Arbeiter-Zeitung“ in Duisburg bemerkt zu der Zuschrift im „Hamburger Echo“: „Diese Argumentation läuft ungefähr auf die neuerdings in der Partei in Uebung gekommene Redewendung hinaus: Wenn die Hoffnungen, die ein Teil der Sozialdemokratie in bezug auf das Entgegenkommen der Regierung und der Herrschenden hat, nach dem Siege sich nicht erfüllen, so sind darin nur die bösen Querschnitte schuld, d. h. jene Genossen, die die Fraktionspolitik nicht als der Weisheit höchste Begehung. Eine solche Behauptung, die nur die Maskierung der eigenen geringen Hoffnung ist, ist natürlich sehr bezeichnend, wie es überhaupt recht bequem ist, alle Schuld auf andere abzuwälzen.“

Aus der Partei.

Schlichtung von Parteidifferenzen.

Zur Schlichtung der im Agitationsbezirk Frankfurt a. M. entstandenen Parteidifferenzen, die in der Unstimmigkeit einiger Beschlüsse der Wahlkommission mit den Wünschen der politischen Redaktion der „Volksstimme“ ihre Ursache hatten, fand am vergangenen Sonntag eine erweiterte Sitzung des Agitationskomitees statt. Die Verhandlungen, an welcher vom Parteivorstand die Genossen Ebert und Scheidemann teilnahmen, haben zu einem beide Teile befriedigenden Resultat geführt. Um die Vorarbeiten zu einer teilweise rechtlichen Neuorganisation unserer dortigen Parteierneuerungen einzuleiten, wurde eine Subkommission von vier Genossen gewählt, zu welcher jeder der vier für das Verbreitungsgebiet der „Volksstimme“ in Betracht kommenden Reichstagswahlkreise Hanau, Frankfurt, Höchst und Wiesbaden je einen Vertreter hinzugewählt. Einer späteren Sitzung des erweiterten Agitationskomitees soll dann Bericht gegeben werden.

Parteiliteratur.

„Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg.“ Die Buchhandlung Vorwärts teilt uns mit, daß in ihrem Verlage in diesen Tagen eine Broschüre des Genossen Reichstagsabgeordneten Dr. Paul Leuchs erscheint, die den obigen Titel trägt. Der Preis beträgt 1 M., die Vereinsausgabe kostet 40 Pf.

Die Schrift enthält folgende Kapitel: Imperialistische Politik der Großmacht in den letzten fünfzehn Jahren. — Die englische Welt Herrschaft und ihre Erschütterung durch den Krieg. — Der russische Zersplitter. — Frankreich und der Krieg. — Deutsche Vergangenheit und deutsche Zukunft. — Betrachtungen auf die Voraussetzungen aller Buchhandlungen sowie der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW 68 entgegen.

Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 152 der preussischen Armee enthält folgende Truppen:
Feld-Intendantur des XV. Armeekorps.
2. 8. und 4. Garde-Reg.; Regimente Alexander und Augusta; Grenadier-Reg. Infanterie-Reg. Jäger-Regiment Nr. 8, 9, 18, 21, 22, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

272; Inf.-Ersatz-Reg. Nr. 1; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 2, 3, 5, 7, 8, 9, 11, 13, 15, 17, 19, 21, 23, 25, 27, 29, 31, 33, 35, 37, 39, 41, 43, 45, 47, 49, 51, 53, 55, 57, 59, 61, 63, 65, 67, 69, 71, 73, 75, 77, 79, 81, 83, 85, 87, 89, 91, 93, 95, 97, 99, 101, 103, 105, 107, 109, 111, 113, 115, 117, 119, 121, 123, 125, 127, 129, 131, 133, 135, 137, 139, 141, 143, 145, 147, 149, 151, 153, 155, 157, 159, 161, 163, 165, 167, 169, 171, 173, 175, 177, 179, 181, 183, 185, 187, 189, 191, 193, 195, 197, 199, 201, 203, 205, 207, 209, 211, 213, 215, 217, 219, 221, 223, 225, 227, 229, 231, 233, 235, 237, 239, 241, 243, 245, 247, 249, 251, 253, 255, 257, 259, 261, 263, 265, 267, 269, 271, 273, 275, 277, 279, 281, 283, 285, 287, 289, 291, 293, 295, 297, 299, 301, 303, 305, 307, 309, 311, 313, 315, 317, 319, 321, 323, 325, 327, 329, 331, 333, 335, 337, 339, 341, 343, 345, 347, 349, 351, 353, 355, 357, 359, 361, 363, 365, 367, 369, 371, 373, 375, 377, 379, 381, 383, 385, 387, 389, 391, 393, 395, 397, 399, 401, 403, 405, 407, 409, 411, 413, 415, 417, 419, 421, 423, 425, 427, 429, 431, 433, 435, 437, 439, 441, 443, 445, 447, 449, 451, 453, 455, 457, 459, 461, 463, 465, 467, 469, 471, 473, 475, 477, 479, 481, 483, 485, 487, 489, 491, 493, 495, 497, 499, 501, 503, 505, 507, 509, 511, 513, 515, 517, 519, 521, 523, 525, 527, 529, 531, 533, 535, 537, 539, 541, 543, 545, 547, 549, 551, 553, 555, 557, 559, 561, 563, 565, 567, 569, 571, 573, 575, 577, 579, 581, 583, 585, 587, 589, 591, 593, 595, 597, 599, 601, 603, 605, 607, 609, 611, 613, 615, 617, 619, 621, 623, 625, 627, 629, 631, 633, 635, 637, 639, 641, 643, 645, 647, 649, 651, 653, 655, 657, 659, 661, 663, 665, 667, 669, 671, 673, 675, 677, 679, 681, 683, 685, 687, 689, 691, 693, 695, 697, 699, 701, 703, 705, 707, 709, 711, 713, 715, 717, 719, 721, 723, 725, 727, 729, 731, 733, 735, 737, 739, 741, 743, 745, 747, 749, 751, 753, 755, 757, 759, 761, 763, 765, 767, 769, 771, 773, 775, 777, 779, 781, 783, 785, 787, 789, 791, 793, 795, 797, 799, 801, 803, 805, 807, 809, 811, 813, 815, 817, 819, 821, 823, 825, 827, 829, 831, 833, 835, 837, 839, 841, 843, 845, 847, 849, 851, 853, 855, 857, 859, 861, 863, 865, 867, 869, 871, 873, 875, 877, 879, 881, 883, 885, 887, 889, 891, 893, 895, 897, 899, 901, 903, 905, 907, 909, 911, 913, 915, 917, 919, 921, 923, 925, 927, 929, 931, 933, 935, 937, 939, 941, 943, 945, 947, 949, 951, 953, 955, 957, 959, 961, 963, 965, 967, 969, 971, 973, 975, 977, 979, 981, 983, 985, 987, 989, 991, 993, 995, 997, 999, 1000.

Der Schluß der bayerischen Verlustliste Nr. 154 enthält Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 3, 5, 8, 11, 12, 13, 15, 17, 20; Landwehr-Inf.-Reg. Nr. 1; Ersatz-Inf.-Reg. Nr. 3; Brig.-Ersatz-Bat. Nr. 9; Landsturm-Inf.-Bat. Augsburg 11; 5. Chevaulegers-Reg.; Inf.-Kavallerie-Reg. Nr. 5; 1. Landsturm-Gesabdr. I. Armeekorps; Inf.-Kavallerie-Reg. Nr. 3; 1. 2. und 3. Pionier-Bat.; Inf.-Art. Munitionskolonnen 2; Inf.-Sanitäts-Komp. 1, I. Inf.-Korp.; Inf.-Sanitäts-Komp. 5.

Die sächsische Verlustliste Nr. 109 bringt Verluste der Inf.-Regimenter Nr. 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654

Wortwurf wurde sofort energisch zurückgewiesen. Die Streiks sind ja nun wieder beigelegt, aber ob die Dauer unter dem Verhältnis, wie es zwischen Bergwerksbesitzern und Arbeitern besteht, der Kohlenbedarf sichergestellt ist, ist eine andere Frage.

Ausland.

Die englischen Textilarbeiter und der Krieg.

Unser Londoner Korrespondent schreibt uns: Der eben erschienene Jahresbericht des englischen Textilarbeiterverbandes enthält die folgende Betrachtung über den Krieg:

„Millionen von Männern stehen gegenwärtig einander gegenüber mit der Absicht, einander zu töten. Ungeheure Massen von Menschen, die unter gewöhnlichen Umständen einander die Hände gedrückt und in guter Kameradschaft gelebt hätten, wölften jetzt einander einfach vernichten. Und wofür? Unserer Ansicht nach sind diese ungeheuren Armeen in vollständiger Unkenntnis der geheimen Ursachen dieses Krieges, und bis eine wahre Geschichte des Krieges geschrieben sein wird, werden sie die wirkliche Sachlage nie verstehen. Der Verbandsvorstand weiß nur, daß im Juni letzten Jahres deutsche, österreichische, belgische, französische, holländische und englische Textilarbeiter auf dem Internationalen Textilarbeiterkongress in Gladpool miteinander fraternisierten, und damals bestand in nichts eine so absolute Einmütigkeit bei den Delegierten, als in ihrer Bekämpfung der Verschwendung der ungeheuren Summen auf die Kriegsausrichtungen in allen Ländern.“

Auf die Lage der Textilindustrie im Kriegs- und auf die Hochkonjunktur in der Stahlindustrie übergehend, weist der Bericht darauf hin, daß es vorgekommen sei, daß Frauen und junge Personen täglich 12 bis 13 Stunden beschäftigt wurden, und daß nach der neuerlichen Verordnung des Ministeriums des Innern Kinder zwischen 14 und 16 Jahren jetzt noch neun Stunden die Woche über die gewöhnlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt werden dürfen. Dies könne nur in dem körperlichen Niedergang der Masse enden.

Aus Industrie und Handel.

Deutsche Beteiligung an französischen Erzgruben.

Seit ein paar Jahren vollzieht sich eine vollkommene Umwandlung der französischen Normandie. Es wurden daselbst reiche Eisenerzgruben entdeckt, und die bisher rein landwirtschaftliche Normandie verwandelt sich in ein Industriegebiet von höchster Bedeutung. Eine wahre Glanzperiode hat für die Normandie begonnen, und das Interessanteste dabei ist die Beteiligung des internationalen und besonders des deutschen Kapitals an der Ausbeutung der vorhandenen reichen Erzlager. Vier Gruppen sind es insbesondere, die die Ausbeutung der Eisenerzgruben in die Hände bekommen haben.

Die Gruppe Thyssen ist zusammengesetzt aus der Gesellschaft „Deutscher Kaiser“ und der französischen Gesellschaft für mechanische Konstruktionen. Sie sieht an der Spitze aller Gesellschaften, die sich in die normandischen Eisenerzgruben teilen. Die Gruppe Thyssen umfaßt die Minengesellschaft von Soumont, Eigentümerin der Grube von Soumont-Saint-Lucien; die Gruben- und Hüttengesellschaft von Calvados, die die Konzession von Veridres besitzt; die Gesellschaft für Minen und Steinbrüche von Flamanville, die die Grube von Dielette (Manche) ausbeutet. Die Konzessionen der Thyssengruppe erstrecken sich auf 2578 Hektar mit ungefähr 170 Millionen Tonnen Eisenerz.

Die Gruppe de Boorter ist holländisch. De Boorter ist ein Amsterdamer Großunternehmer in der Lieferung von Eisenerzen. Er sieht in Verbindung mit Krupp und Thyssen. Natürlich hat er sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen, sich an der Ausbeutung der ungeheuren Erzlager in der Normandie zu beteiligen. De Boorter gründete die französische Eisenminengesellschaft, in welcher die alte Gesellschaft von Jurques ausging. Die Gesellschaft hat vier Konzessionen erworben; zwei in der Gegend von Calvados: Jurques und Dufontaine und zwei in der Manche: Martain und Bourberouge. Diese Gruppe hat 8496 Hektar in Händen. Die Gruppe von Jurques wird auf einen Ertrag von 60 Millionen Tonnen geschätzt. Bei den anderen Gruben war eine Schätzung noch nicht möglich.

Die Happer Gruppe besteht aus vier großen deutschen Werken: „Pösch“, die Happer Eisen- und Stahlwerke zu Gospe, die Hoeh Eisen- und Stahlwerke zu Dortmund und dem Volkhinger Hüttenverein zu Kretzingen. Diese Gruppe hat außer der Gesellschaft der Minen von Saint-André, mit der sie durch Lieferungsverträge verbunden ist, folgende Gesellschaften gebildet: Die Minengesellschaft von Maltot, Eigentümerin der Konzession von Maltot, und die Minengesellschaft von Vudry, die die Grube gleichen Namens besitzt. Im ganzen erstrecken sich die Konzessionen dieser Gruppe auf 1221 Hektar.

Die Gute-Hoffnung-Gruppe hat die Konzession von Barbé erworben. Sie hat die Grube im Jahre 1911 gekauft und denkt jetzt schon daran, eine Privatbahn und einen Hafen zu errichten. Sie ist zuletzt in den Erwerb von Grubenkonzessionen in der Normandie eingetreten.

Die vorgenannten Gruppen besitzen in ihren verschiedenen Gesellschaften 7620 Hektar Grubenfelder auf eine Gesamtsumme von 11 804 Hektar; das sind 70 Proz. Die Konzentration der Grubenkonzessionen war vor Ausbruch des Krieges aber erst an ihrem Anfang.

Kriegsbrötchen in Ungarn.

Budapest, 17. Februar. (W. Z. B.) Das Amtsblatt veröffentlicht eine Verordnung, in der verboten wird, Brot aus Mehl zu backen, das nicht zur Hälfte mit Raismehl gemischt ist. Die Bäcker dürfen von Privatleuten kein Brot zum Backen annehmen, das nicht aus solchem Mehl hergestellt ist.

Der Mittellandkanal.

In aller Stille ist am Dienstag der Ems-Weiser-Kanal, das westliche Teilstück des Ems-Leine-Kanals, dem Betriebe übergeben worden. Es handelt sich bei diesem Kanal bekanntlich um ein Stück des vielgenannten Mittellandkanals, der seinerzeit ein politisches Kampfbild des ersten Ranges war. Die Strecke von der Weiser bis zur Leine (Hannover) ist noch im Bau. Die gesamten Arbeiten sind durch den Krieg nur zeitweise unterbrochen worden.

Soziales.

Einigungsamt im Bergbau.

Die Errichtung eines Einigungsamtes für den deutschen Bergbau bezweckt eine gemeinsame Eingabe aller Bergarbeiterverbände an den Handelsminister. Das Einigungsamt soll zur Aufgabe haben die friedliche Vermittlung und Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus Fragen des Lohnes, der Arbeitszeit und der Behandlung ergeben. Zur Begründung wird auf die Unzufriedenheit und Mißstimmung verwiesen, die besonders im rheinisch-westfälischen Bergbau unter den Arbeitern herrscht und hervorgerufen ist durch die rigorose Behandlung in der Frage der Ueberarbeit. Auf verschiedenen Stellen sind Bestrafungen erfolgt, weil die Leute sich weigerten, Ueberarbeiten zu verfahren. Bei der Kündigung wird mit Zurücknahme der Reklamation

gedroht. Auch wurden bei solchen Weigerungen Lohnabzüge angefündigt. Dadurch werde die Neigung zur Ueberarbeit wahrlich nicht gefördert. Auch über die Beschäftigung von Kriegsgefangenen sei eine Verständigung notwendig. Gegen ihre Arbeit über Tage sei nichts einzuwenden, doch ständen der Beschäftigung im unterirdischen Betriebe gewichtige Bedenken entgegen. Ueber die unzureichenden Löhne seien die Forderungen jeder Verständigung aus dem Wege gegangen; sie ständen auf dem Standpunkte, daß die Arbeiterausschüsse in der Lohnfrage nicht zuständig seien.

Das alles spreche für die Einrichtung eines Einigungsamtes, durch das manches Mißverständnis zwischen Werksbesitzern und Arbeitern beseitigt und manche Unzufriedenheit und Erbitterung hintangehalten werden könnte. Was in anderen Berufen möglich sei, müsse auch im Bergbau durchgeführt werden können.

Das Organ des christlichen Gewerksvereins weist im „Anschluß an die Eingabe auf eine Auslassung der „Arbeiterzeitung“ hin, die solche Einigungsämter ebenso befürwortete wie das offizielle Organ des Verbandes der technischen Berg-, Hütten- und Salinenbeamten der preussischen und bayrischen Staatswerke. Die Eingabe erscheint um so zeitgemäßer, als eben das stellvertretende Generalkommando des VII. Armeekorps bekannt macht, daß die Bezirkskommandos angewiesen sind, die sofortige Einstellung jeden Arbeiters in die Truppe zu veranlassen, der bei einer für das Heer oder die Marine arbeitenden Fabrik, Zeche, Gewerkschaft usw. die Arbeit niederlegt oder seine Entlassung veranlaßt, um bei einer anderen Firma Arbeit zu nehmen. Diese Beschränkung der Freizügigkeit gibt den Werksbesitzern Veranlassung, den Arbeitern ihren Willen in jeder Beziehung aufzuzwingen. Die Vergleute müssen schon so große Opfer bringen, daß es ganz angebracht wäre, nunmehr auch einmal an das Entgegenkommen der Unternehmer zu appellieren, den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht über das Arbeitsverhältnis einzuräumen. Nach allen bisherigen Erfahrungen braucht man jedoch die diesbezüglichen Erwartungen nicht zu hoch zu schrauben.

Uebrigens sei bei dieser Gelegenheit auch noch darauf hingewiesen, daß man sogar bei der Zuteilung der Brotrationen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk einen Zwang zur Ueberarbeit ausübt. Die Vergleute, die bei durchgehender Schicht im unterirdischen Betrieb keine Gelegenheit zum Mittagessen haben, sind vor allem aufs Brot angewiesen. Die festgesetzte Brotration von nur 3½ Pfund pro Woche ist für sie ganz ungenügend. Das haben auch die Behörden eingesehen; aber statt einfach die Rationen für Vergleute zu erhöhen, ist beschloffen worden, daß den Vergleuten täglich ein halbes Pfund Brot mehr zustehen soll, die Ueberarbeiten verfahren. Wer sich also weigert, eine Ueberarbeit zu machen, wird am Morgen gestraft.

Vom Gewerbegericht.

Die Kammer 6 des Gewerbegerichts unter Vorsitz des Magistratsrats Schulz wandte sich gestern mit aller Schärfe gegen die, auch von und wiederholt gegebene Instruktion, Dienstpersonal ohne bare Entschädigung, lediglich gegen Kost und Wohnung zu beschäftigen.

Der Gastwirt Vorherer hatte seinem Dienstmädchen vor dem Kriege außer freier Station noch 25 M. in bar gewährt. Später stellte er sie unter Hinweis auf den Krieg vor die Alternative, entweder ohne Geldentschädigung zu arbeiten oder ihre Stellung zu verlieren. Das Mädchen wählte sich keinen Rat, ließ sich diese unzulässige Ausnutzung zweieinhalb Monate gefallen und wurde schließlich doch entlassen. Es wurde also ihr gegenüber nicht einmal die elementarste Voraussetzung, daß sie nun auch wirklich während der Dauer des Krieges vor der Entlassung geschützt sei, erfüllt. Aus diesem Grunde forderte sie nun auch in ihrer Klage Nachzahlung des Barlohns in Höhe von 87,50 M.

Das Gericht hat die Forderung dem Grunde nach für berechtigt und die entgegenstehende Vereinbarung gemäß § 138 B. G. B. für null und nichtig erklärt. Es hat aber die Höhe der Klageforderung auf 70 M., das sind pro Monat auf 20 M., festgesetzt. In der Herabsetzung soll ein billiges Entgegenkommen dem Verklagten gegenüber seinen Ausdruck finden, dessen durch den Krieg ungünstig beeinflusste wirtschaftliche Lage eine angemessene Reduktion des Lohnes der Klägerin rechtfertige.

Zunungsschiedsgericht.

Einem Schloffer der Firma Markus waren für zwei Arbeits-tage 17,13 M. Lohn vorenthalten worden. Es bestand für den Ver-

trieb eine Markenkontrolle. An den beiden streitigen Tagen verabsäumte der Kläger seine Kontrollmarke zu entnehmen. Am Wochenschluß bestätigte der Kolonnenführer aber, daß er voll gearbeitet hat. Die Firma berief sich jedoch auf ihre Arbeitsordnung, worin die Lohnberechnung von der Entnahme der Kontrollmarke abhängig gemacht wird.

Das Gericht sah dieses Verfahren als unzulässig an und verurteilte die Firma zur Zahlung des geforderten Betrages. Die tatsächlich geleistete Arbeit mußte dem Kläger bezahlt werden.

Gerichtszeitung.

Bauernschlaucht.

Mit „Bauernschlaucht“ hat eine vom Lande nach Berlin übergeführte ältere Frau in arg hochtapleischer Weise eine Reihe von Personen in der Reichshauptstadt hinter das Licht geführt. Als „Frau Medizinalrätin Krey“ ist eine sehr wenig imponierende Frau, deren Mann Nachtwächter auf einem Rittergute gewesen war, an verschiedenen Orten aufgetreten und hat größere und kleinere Schwindeldeliken begangen. Die Frau besitzt ohne Zweifel große Phantasie und ein ausgeprochenes Schwindeltalent. Sie hatte plötzlich entdeckt, daß ihr angeblich eine Erbschaft von 250 000 Mark zustehe, und verstand es, diese Erbschaftsgeschichte mit so phantastischem Primborium auszustatten, daß nicht nur Fremde, sondern ihre eigenen Kinder daran glaubten. Sie hat eine Tochter und neun Söhne, und sie hat es verstanden, auch die letzteren hineinzu legen und ihnen a loto der Erbschaft ihre Sparkassenbücher abzuschwindeln. Mit ihrer Tochter siedelte sie aus ihrem heimlichen Nest nach Berlin über, denn sie hatte vor, ihrer Tochter Frieda, die aus dem Bauernstande hervorgegangen, äußerlich ganz ansehnlichen, in bezug auf den geistigen Horizont aber sehr beschränkten Mädchen, hier in der Stadt der Intelligenz einen vornehmen Freier zu verschaffen. Sie erließ zu diesem Zweck eine Heiratsannonce und das Mädchen wurde bald von Männern aus guten Gesellschaften umworben, denn die „Frau Medizinalrätin“ spielte auch hierbei immer und immer wieder die „große Erbschaft“ aus. Sie fand dabei reichlich Gelegenheit, die heiratslustigen Männer anzupumpen und mit kleineren und größeren Summen hineinzu legen. Die Hochstapelleien auf diesem Gebiete sind Gegenstand eines recht umfangreichen Ermittlungsverfahrens, das noch nicht abgeschlossen ist. Einstweilen war gegen Mutter und Tochter Anklage wegen Betruges erhoben, den sie gemeinschaftlich gegen mehrere Geschäftsleute ausgeführt haben. Diese waren Verstorbenen für den Haushalt der Frau Krey, die sie nach ihren eigenen Angaben für eine reiche Dame hielten. Sie waren auch gern bereit, auszuweichen, als ihnen erzählt wurde, der Sohn bzw. Bruder sei Wachmeister bei der Artillerie, er brauche nötig Geld und Mutter Krey, deren Zinsen von Hypotheken in Höhe von 180 000 M. erst in kurzer Zeit fällig seien, sehe sich nach Hilfsquellen um. Sie erhielt, in diesem talentvollen Fabulieren von der Tochter unterstützt, wirklich Beträge in Höhe von 800 und 700 M. Das Schöffengericht hatte seiner Zeit die Mutter zu neun Monaten, die Tochter zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. In der Berufungsinstanz ermäßigte die 4. Strafkammer des Landgerichts III die gegen Frieda Krey erkannte Strafe auf 2 Monate Gefängnis, da das Gericht annahm, daß das Mädchen doch unter dem suggestiven Einfluß der Mutter gestanden habe und nicht immer sähig gewesen sei, Dichtung und Wahrheit zu unterscheiden.

Die Abenteuer eines Matrosen.

Der nach Verübung verschiedener Streiche nach Antwerpen geflüchtet, später aber auf Grund der bekannten kaiserlichen Amnestie begnadigt worden war, spielte in einer Verhörung eine Rolle, welche gestern die 5. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Weder beschäftigte. — Wegen Begünstigung war der Arbeiter Mag Kiesel angeklagt. — Der Handlungsgehilfe Calac von Czakoewski war im Herbst 1913 zu der 1. Matrosendivision in Kiel eingezogen worden. Verschiedene dumme Streiche, die eine Arreststrafe zur Folge gehabt hätten, veranlaßten C. zu dem noch dämmeren Streich, sich eines Tages ohne Urlaub aus Kiel zu entfernen und nach Berlin zu fahren. Hier fand er bei dem jetzigen Angeklagten Aufnahme, der ihn längere Zeit unangemeldet in seiner Wohnung beherbergte und ihn damit den Nachforschungen der Behörden entzog. Nicht genug damit, kottete er ihn auch noch mit Zivilliedern und dem nötigen Reisegeld nach Belgien aus. Der fahnenflüchtige, hinter dem ein Sterbbrief erlassen wurde, hielt sich längere Zeit in — wie der Vorsitzende bemerkte — dem früher belgisch gewesenem Antwerpen auf. Als dort die Mobilmachung bekannt wurde, fuhr er sofort nach Kiel zurück, wo er sich freiwillig der Marinebehörde stellte. Vor dem Feldkriegsgericht der 1. Matrosendivision wurde C. wegen Fahnenflucht und Beleidigung zu neun Monaten Gefängnis verurteilt; er wurde jedoch durch die bekannte Amnestie für Angehörige des Heeres und der Flotte begnadigt und hat nicht einen Tag der Strafe verbüßen müssen. Für den jetzigen Angeklagten hatte diese Angelegenheit dagegen unangenehmere Folgen, da er sich einer Begünstigung zur Fahnenflucht schuldig gemacht hatte. — Staatsanwalt Gutjahr beantragte eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, auf welche das Gericht auch erkannte.

Verlag von Julius Springer in Berlin W 9

Sobald erschienen:

Eine Frage!

Wie erhalten wir der Zukunft die erhebenden Kräfte dieses Krieges?

Von

Johannes Marbod

Preis 50 Pfg.

Zu beziehen durch jede Buchhandlung

Spezialarzt

Dr. Homeyer
Friedrichstr. 81.
Ehrl. u. G. f. d. Lab. u. Blut-untersuchung, Harn- u. G. u. w. gegenüber gegenüber
Ehrl. u. G. f. d. Lab. u. Blut-untersuchung, Harn- u. G. u. w. gegenüber gegenüber
Ehrl. u. G. f. d. Lab. u. Blut-untersuchung, Harn- u. G. u. w. gegenüber gegenüber
Ehrl. u. G. f. d. Lab. u. Blut-untersuchung, Harn- u. G. u. w. gegenüber gegenüber



DRUCK ARBEITEN
in guter Ausführung
VORWÄRTS
Buchdruckerei und Verlag
SW. 68 Lindenstraße 3

Zur Kartoffelnot in Groß-Berlin.

Die bisherige Art der Versorgung der Groß-Berliner Bevölkerung mit Kartoffeln erweist sich je länger je mehr als unzulänglich. Wohl haben die städtischen Behörden in der letzten Zeit eine Fülle von Aufgaben zu lösen gehabt und insbesondere hat die Regelung des Bezuges von Brot und Mehl alle Kräfte bis aufs äußerste angespannt und nimmt sie noch in Anspruch. Man kann sogar anerkennen, daß die städtischen Behörden eine imponierende Schnelligkeit und große Ausdauer auf diesem neuen und schwierigen Gebiete der Lebensmittelverteilung bekundet haben, aber je mehr die Bevölkerung ihren Bedarf an Brot einschränken muß und auf die Kartoffel angewiesen wird, desto dringlicher wird die Regelung auch des Kartoffelbezugs. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht hin, um der Bevölkerung das wichtige Nahrungsmittel — die Kartoffel — zu beschaffen. Der Magistrat von Berlin hat in den Markthallen einen Kartoffelverkauf eingerichtet; aber diese Verkaufsmöglichkeit kann das Bedürfnis nicht decken. Die Szenen, die sich an diesen Kartoffelständen täglich abspielen, sind auf die Dauer nicht zu ertragen. Stundenlang müssen die Käufer und Käuferinnen warten, ehe sie in einen schmalen Gang eingelassen werden und es vergehen oft drei bis vier Stunden, ehe der wartende Kartoffel erhält. Männer, Frauen und Kinder stehen in drangvoll fürchterlicher Enge. In schwere Gefahren begeben sich die Frauen, die ihre Kleinen mitnehmen, die sie nicht ohne Aufsicht allein zu Hause lassen können. In der Weddinghalle wurde am Dienstag ein von der Mutter auf dem Arme gehaltenes Kind so stark an einen Eisenpfiler gedrückt, daß das Kind eine klaffende Wunde davon trug. Ohnmachtsanfälle kamen öfter vor. In fast allen Hallen sieht man das gleiche Bild. Jetzt steht die Polizei vor den Verkaufständen und versucht, Ordnung zu schaffen. Eine Aenderung dieses Zustandes ist dringend erforderlich. Vorläufig dürften die Gemeinden noch nicht in der Lage sein, die gesamte Bevölkerung mit Kartoffeln zu versorgen, da ihre Bestände noch nicht umfangreich genug sind. Es dürfte aber gar nicht zu umgehen sein, daß die zuständigen Behörden auch eine Beschlagnahme der Kartoffeln und eine Verteilung an die Kommunalverbände vornehmen. Die Kartoffel ferner noch als Spekulationsobjekt im Besitze der Erzeuger und Händler zu belassen, ist auf die Dauer unhaltbar. Dann wird sich auch schnell eine Organisation schaffen lassen zur gerechten Verteilung der Kartoffeln unter Festsetzung eines bestimmten Verkaufspreises an das Publikum.

Der Magistrat sendet uns anlässlich der Vorgänge in den Markthallen folgende Mitteilung: „Um dem bei dem städtischen Kartoffelverkauf an verschiedenen Stellen beobachteten, durch nichts gerechtfertigten Andrang zu steuern, sind seitens des Magistrats alle erforderlichen Maßnahmen getroffen worden. Die Zahl der Verkaufstände, deren es bis heute 80 gab, wird dauernd erhöht. Nachdem die Verkehrsverhältnisse wieder normale geworden sind, wärmere Witterung eingetreten ist und eine anderweitige Preisregelung stattgefunden hat, steht zu erwarten, daß hinreichende Mengen Kartoffeln auf den Markt kommen werden. Es liegt sonach gar keine Notwendigkeit vor, sich Kartoffeln auf Vorrat einzulagern, da Kartoffeln genügend vorhanden sind.“

Der Kartoffelverkauf der Stadt Neudörfchen hatte gestern Scharen von Kaufstüßigen angelockt, die der Verkaufsstelle in den Eiswerken (am Mittelbuschweg) zuströmten. Um 9 Uhr sollte für die Kleinen Aneinander der Verkauf beginnen, aber schon lange vor 9 Uhr fanden sich diese Frauen und Kinder ein. Mit Karren und Wagen aller Art, mit Handwagen und Kinderwagen, mit Sportwagen und selbst mit Puppenwagen, auf denen sie die zu kaufenden Kartoffeln wegschaffen wollten, zogen sie heran und stellten sich vor dem Eingang auf. Meist reichten die Frauen mit ihren Körben sich unter die Kaufstüßigen, während den Kindern die Bewachung der Wagen überlassen blieb. In der dritten Stunde boten die Strohen, die zu der Verkaufsstelle hinführten, das Bild einer „Völlerwanderung“. Bei Beginn des Verkaufs mochten bereits über tausend Personen versammelt sein, die zum Teil schon eine bis zwei Stunden in dem Schmutz und den Pfützen des ungepflasterten und zerfahrenen Mittelbuschweges aushielten. Unter den Worten bemerkten wir trotz der Unbehaglichkeit dieser Situation kaum eine Aeußerung von Ungebuld, aber alle hatten den Wunsch, ihr Quantum Kartoffeln zu erhalten. Der Verkauf wickelte sich, soweit wir beobachten konnten, in Ruhe ab. Der Schluß war auf 5 Uhr festgesetzt, doch fanden um diese Zeit noch Hunderte auf dem Hof und draußen vor dem Gitter, so daß weiter verkauft werden mußte.

Inzwischen hat die Lebensmittelkommission beschlossen, den Verkauf an den einzelnen Konsumenten einzustellen, so daß am Donnerstag Kartoffeln an Privatleute nicht mehr verkauft werden. Von diesem Tage an erhalten nur noch Händler Kartoffeln. Diese erhalten die Kartoffeln für den Preis von 1 Mk. pro Zentner und müssen sich verpflichten, nur Kartoffeln in einer Preislage, die 5 Pf. pro Pfund beträgt, zu liefern. Die Händler bekommen Plakate mit dem Vermerk: Verkaufsstelle für Kartoffeln, aus den städtischen Beständen. Händler, welche diese Bedingungen nicht erfüllen, erhalten keine Kartoffeln von der Stadt. Die Händler sollen an die Bevölkerung nicht mehr wie täglich 10 Pfund verkaufen.

In Schöneberg hatte es bei dem von der Stadt eingerichteten Kartoffelverkauf am ersten Tage erregte Auftritte gegeben. Die Schar der Kaufstüßigen war so groß, daß auf dem als Verkaufsstelle benutzten städtischen Lagerplatz an der Rubensstraße die Beamten dem Ansturm kaum standhalten vermochten. Zeitweilig waren sie genötigt, den Betrieb ganz einzustellen, weil ein ruhiger Verkauf nicht möglich war. Um einer Wiederholung solcher Auftritte vorzubeugen, hat der Magistrat den eigenen Kartoffelverkauf eingestellt. Die Kartoffeln sind dem Verein der Obst- und Gemüsehändler in Schöneberg zum Verkauf überlassen worden. Leider wird dadurch der Preis etwas erhöht.

Die Kleinverkaufspreise von Kartoffeln in Groß-Berlin. Berlin, 17. Februar. Amtlich. Das Oberkommando in den Marken veröffentlicht folgende Bekanntmachung: Durch die Verordnung des Bundesrats vom 15. Februar 1915 sind die Höchstpreise für Speisekartoffeln beim Verkauf durch den Produzenten um 25 R. für die Tonne hinaufgesetzt. Infolgedessen bedürfen auch die in meiner Bekanntmachung vom 18. Dezember

1914 festgesetzten Höchstpreise für den Kleinverkauf von Speisekartoffeln in Groß-Berlin einer entsprechenden Erhöhung.

In Ausführung des Reichsgesetzes betreffend Höchstpreise vom 1. August 1914 (R.-Ges.-Bl. S. 339) bestimme ich daher kraft der auf mich gemäß § 1 des Gesetzes über den Belagerungszustand übergegangenen vollziehenden Gewalt

- für die Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Lichtenberg, Neukölln, Potsdam, Berlin-Schöneberg, Spandau, Berlin-Wilmersdorf, Köpenick und für die Landgemeinden Adlershof, Berlin-Britz, Berlin-Buchholz, Berlin-Friedenau, Berlin-Friedrichsfelde, Friedrichshagen, Berlin-Grunewald, Hermsdorf, Berlin-Hohenschönhausen, Berlin-Heinersdorf, Berlin-Johannisthal, KleinGlienicke, Berlin-Lankwitz, Berlin-Lichterfelde, Köbars, Berlin-Mariendorf, Berlin-Marienfelde, Nikolassee, Berlin-Niederschöneweide, Berlin-Niederschönhausen, Nowawes, Berlin-Oberschöneweide, Berlin-Rantow, Berlin-Reinickendorf, Berlin-Rosenthal, Berlin-Schmargendorf, Berlin-Steglitz, Berlin-Stralau, Berlin-Tegel, Berlin-Tempelhof, Berlin-Treptow, Wannsee, Berlin-Weißensee, Berlin-Wittenau, Zehlendorf

- und für die Gutsbezirke Berlin-Dahlem, Blöhensee: § 1. Der Preis für Speisekartoffeln aller Art, einschließlich der Salatkartoffeln, darf im Kleinverkauf nicht übersteigen: I. bei den Sorten Daber, Imperator, Rognum bonum, Up to date und bei den ihnen von der Landeszentralbehörde gleichgestellten Sorten für den Zentner (50 Kilogramm) R. 5,75 beim Verkauf in geringeren Mengen für das Kilogramm R. 0,12 II. bei allen anderen Sorten für den Zentner (50 Kilogramm) R. 5,50 beim Verkauf in geringeren Mengen für das Kilogramm R. 0,11 Bruchteile von Pfennigen, die sich beim Gesamtpreis ergeben, werden als volle Pfennige gerechnet. § 2. Die Höchstpreise gelten nicht für Saatkartoffeln; der Kleinhandel mit Saatkartoffeln in Mengen von weniger als 1 Zentner (50 Kilogramm) ist jedoch verboten. § 3. Kleinhandel ist der sogenannte Detailhandel, d. h. die Abgabe unmittelbar an den Verbraucher. § 4. Der § 1 dieser Verordnung ist in den Verkaufstotalen, in denen Kartoffeln im Kleinverkauf gehandelt werden, an deutlich sichtbarer Stelle anzubringen. § 5. Wer dieser Verordnung zuwiderhandelt, wird gemäß § 4 des Gesetzes betreffend Höchstpreise (Reichsgesetzblatt Seite 339) bestraft.

Zuwiderhandlung gegen das Verbot in § 2 dieser Verordnung hat die Schließung der Verkaufsstelle zur Folge.

§ 6. Diese Verordnung tritt am Donnerstag, den 18. Februar 1915, in Kraft.

Zugleich tritt meine Bekanntmachung vom 9. Dezember 1914 — D. No. 10007 — außer Kraft.

Der Oberbefehlshaber in den Marken von Kessel Generaloberst.

Aus Groß-Berlin. Gemüseanbau in Groß-Berlin.

Einen interessanten Verlauf nahm eine große öffentliche Laubenzolonisten-Versammlung, die zu Dienstagabend vom Verband der Laubenzolonisten nach den Hohenstaufenfällen einberufen war. Noch vor Eröffnung der Versammlung war der große Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Stadtdirektor Brodersen hielt einen Vortrag über das Thema: „Die bewirtschaftete ich meine Parzelle während des Krieges am vorteilhaftesten?“ Zunächst gab der Redner einen Überblick über den augenblicklichen Stand der Verhältnisse der in diesem Sommer zu bebauenden Flächen in Berlin und Umgebung. In Groß-Berlin seien im ganzen 45 000 Laubenzolonisten vorhanden. Dazu kommen noch etwa 4300 Morgen Land, die von der Stadt zum Anbau von Kartoffeln abgegeben werden. Ferner würden bezüglich der Abgabe von Land auf den städtischen Gütern große Erleichterungen geschaffen. Während bisher die Flächen auf sechs Jahre gepachtet werden mußten, werden sie jetzt für ein Jahr abgegeben. Die Stadt wende sich jetzt an den Kriegsausschuß der Laubenzolonisten und biete diesen die Flächen an. Ferner habe sich die Verwaltung von Berlin bereit erklärt, den Laubenzolonisten Dünger vom Viehhof unentgeltlich zur Verfügung zu stellen. Hierauf wies der Vortragende auf die Wichtigkeit des Gemüses als Nahrung besonders während der Kriegszeit hin. Man müsse jetzt dem Gemüse weit mehr Bedeutung schenken als bisher. Auf jeden Kopf der Bevölkerung komme drei Morgen Land, so daß es sehr gut ermöglicht werden könne, daß wir reichlich mit Gemüse versorgt werden können. Wenn wir jetzt dem Gemüsebau mehr Interesse entgegenbringen, so können wir den Engländern mit ihrem Hungerungsplan ein Schnippen schlagen. Jede freie Stunde muß der Laubenzolonist dafür verwenden, um auf seiner Scholle nützlich zu arbeiten. Und dann folgten die Ratschläge des sachkundigen Redners über die Bestellung des Landes, über praktisches Düngen usw., was die Erschienenen mit großem Interesse entgegennahmen. Der Redner riet davon ab, in diesem Jahre Weißkohl, Rotkohl und Sellerie zu pflanzen. Dafür sei jetzt der Boden zu schade. Dagegen empfahl er in längeren Ausführungen besonders die Saat von Kohlrüben, ferner alle Salate, Spinat, Kohlrabi, Grünkohl, Birnkohl, Feldsalat und besonders Erbsen und Bohnen. Er riet auch dazu, sobald als möglich mit der Saat zu beginnen. Man müsse viel Gemüse pflanzen, damit viel Gemüse geessen werden müsse.

Die Regelung des Bezuges von Brot und Mehl. Der Magistrat gibt folgende Zusammenfassung der wichtigsten Regeln für die Brotarten. Vom 22. Februar ab dürfen Brot und Getreidemehl in Berlin nur noch auf die städtische Brotkarte verkauft und bezogen werden. Die gleiche Karte wird von den übrigen Gemeinden eines großberliner Bezirkes ausgegeben, der sich beinahe mit dem Bezirk des Fünfpfennigbriefes deckt. Innerhalb dieses

Umfreises, der in den amtlichen Bekanntmachungen näher beschrieben wird, haben die Brotarten der einzelnen Gemeinden Freizügigkeit.

Die Brotarten erhält jeder Haushaltungsvorstand Berlins vor dem 22. Februar von seinem Hausbesitzer oder von dessen Vertreter. Es werden jedoch nicht Familienkarten, sondern Einzelkarten für jedes politisch gemeldete Mitglied eines Haushalts ausgestellt.

Wer eine Brotkarte zu unrecht nicht erhalten hat, muß sich sofort an seine Brotkommission wenden, deren Amtsstelle in den Zeitungen bekannt gemacht wird, und außerdem beim Bezirksvorsteher, bei den Polizeirevierern und beim Hausbesitzer zu erfahren ist.

Für das erstmal werden Karten für zwei Wochen, also bis zum 7. März einschließlich, ausgegeben. Später soll eine Reihe von Wochenkarten, die einen längeren Zeitraum umfaßt, gleichzeitig verteilt werden. Aber jede Wochenkarte läuft für sich ab, ihre unterverwendeten Abschnitte werden nicht in die folgende Woche übertragen. Das darf kein Anreiz sein, die Wochenkarte durch beschleunigtes Kaufen aufzubrechen. Im Gegenteil, jedermann muß es sich zum Stolz rechnen, möglichst viel davon übrig zu lassen. Besonders der, dessen Mittel ihm die reichliche Anschaffung anderer Lebensmittel gestatten; denn für ihn übersteigt die Menge von 2 Kilogramm vielfach sogar den bisherigen Verbrauch.

Die Brotarten sind auf das sorgfältigste aufzubewahren, vor allem auch die Karten für künftige Wochen getrennt wegzulegen. Wer eine Brotkarte verliert, hat große Schwierigkeiten zu gewärtigen. Bei Ausgabe einer neuen Reihe von Wochenkarten hat der Haushaltungsvorstand die abgelassenen Karten mit den verbleibenden Abschnitten zurückzugeben.

Die Brotarten oder deren Abschnitte dürfen nicht auf einen anderen übertragen werden.

Die Abschnitte der Brotkarte lauten auf 25, 50, 100 oder 250 Gramm. Es ist also jedem leicht, sie so zusammenzulegen, daß er die vorgeschriebenen Einheitsbrote kaufen kann. Das Weißbrot wiegt 75 Gramm, das Schwarzbrot 1000, 1500 und 2000 Gramm. Zwieback und Mehl müssen gleichfalls nach den Gewichten der Brotkarte gekauft werden.

Die Abschnitte werden durch den Verkäufer (Bäcker, Brothändler, Mehlhändler) beim Verkauf abgetrennt. Wer auf lose Abschnitte kauft oder verkauft, macht sich strafbar.

Die Brotkarte ist eine öffentliche Urkunde. Ihre Fälschung wird mit Justizhaus oder Gefängnis bestraft.

Auch sonst zieht jede Verletzung der Vorschriften strengste Ahndung mit Freiheitsstrafe oder mit Geldbuße nach sich. Die Strafe trifft den schuldigen Käufer und Verkäufer sowie dessen Angestellte in gleicher Weise.

Für die Bäcker und Händler bedeutet die abgetrennten Abschnitte gleichzeitig eine Kontrolle dahin, daß für die Zukunft aus den Abschnitten ihr Mehlbedarf festgestellt und danach ihr Mehlbezug überwacht werden kann. Jeder Versuch, durch Täuschung mehr Mehl zu erlangen oder Brot und Mehl ohne Brotkarte ins Publikum zu bringen, muß die unangenehmste Schließung des Ladens zur Folge haben.

Die Gemeindeverwaltung fühlt sich aber sicher, daß es der Straf- und Zwangsmassregeln nur selten bedürfen wird. Die Unebenheiten, welche mit der Erfüllung einer so ohne Beispiel dastehenden Neuerung für eine Bevölkerung von fast vier Millionen anfangs verbunden sind, werden nicht Mitleid erregen, sondern überwunden werden.

Mit der Regelung des Brotkonsums Beschäftigte sich gestern nachmittag eine Versammlung, die im Bürgeraal des Berliner Rathauses unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Berthold stattfand. Neben Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung waren die Vorsitzenden der neugebildeten 170 Brotkommissionen erschienen. Die Brotkommissionen, die aus ehrenamtlichen Mitgliedern bestehen, sollen bekanntlich den Magistrat bei seiner Aufgabe, den Verbrauch von Mehl und Brot zu regeln, unterstützen. Insbesondere untersteht den Brotkommissionen die Verteilung der Brotarten und die Kontrolle des gesamten Brotartenwesens. Sie haben ferner darauf zu achten, daß die Bäcker und Mehlhändler ihres Bezirkes die Verordnungen befolgen. Die Organisation dieser Brotkommissionen ist nunmehr beendet, so daß bereits heute im Laufe des Tages mit der Ausstellung der Brotarten zunächst an die Hausbesitzer begonnen werden wird.

Reisen nach in der Nähe des Kriegsschauplatzes liegende Festungen.

Berlin, 16. Februar. (W. L. V.) Amtlich. Das stellvertretende Generalkommando des Gardekorps weist nochmals darauf hin, daß zur Reise nach einer in der Nähe des Kriegsschauplatzes gelegenen Festung die vorherige Genehmigung des Gouverneurs oder Kommandanten der betreffenden Festung erforderlich ist. Für Groß-Berlin sind die bezüglichen Anträge unter Beifügung eines polizeilichen Führungsattestes nicht mehr dem stellvertretenden Generalkommando, sondern von dem Gesuchsteller unmittelbar an die Gouvernementsbezirkskommandanturen der in Frage kommenden Festungen einzusenden, von wo Bescheid ergeht.

Um die Nachfolge eines Stadtverordneten.

Eine von nur 19 Wählern besuchte öffentliche Wählerversammlung fand Dienstagabend im 19. Gemeindevahlbezirk der I. Abteilung statt. Den Wählern wurden zwei Kandidaten präsentiert: Bauernmeister G. Gertrich-Moabit und Architekt E. Weile, Karlstraße 5a. Ersterer erhielt 10 und dieser 9 Stimmen. Die Wahl soll am 24. d. M. stattfinden. Wer nun Nachfolger von Louis Sachs wird, ist recht zweifelhaft.

Ein Kriegsbuch für die Jugend?

Welchen Einfluß wird der Krieg auf die Jugendliteraturfabrikation haben? Und wie wird zu Jugendbüchern, die den Kriegstoff anschaulich, die deutsche Lehrerschaft sich stellen? Wird sie den Kampf gegen Auswüchse der Jugendliteratur, den sie bisher geführt hat, auch gegenüber allermodernen Kriegsbüchern sofort aufnehmen? Diese Fragen drängen sich uns auf angesichts einer Verhinderung. Die uns aus einer in Charlottenburg wohnenden Familie zugeht. Sie richtet sich gegen ein Buch, das in der 10. Mädchen-Gemeinschafts-Schule (Goethestraße) von dem Lehrer Drauner vor etwa vierzehn Tagen den Schülern seiner Klasse übergeben wurde und jetzt unter ihnen im Umlauf ist. Es handelt sich um eine in Hermann Hülers Verlag (Berlin und Leipzig) erscheinende Sammlung

Krieg und Sieg 1914. nach Berichten der Zeitgenossen, eine Zusammenstellung hauptsächlich von Zeitungsnachrichten und Feldbriefen. Den ersten Band, der Mitteilungen über die Ereignisse in Belgien bis zur Einnahme von Lüttich enthält, hat der Lehrer seinen Schülern in die Hände gelegt. Eine Jugendchrift will das Buch offenbar nicht sein; aber der Lehrer muß wohl geglaubt haben, daß es sich zur Jugendlektüre eigne. Wie sich bei einem durchhändlerischen Unternehmen dieser Art von selber versteht, hat es auch die Nachrichten über Greuelthaten der Belgier berücksichtigt. Man liest da zum Beispiel von „plamischen und französischen Dinnen“, die „auf die armen deutschen Vornädeln Jagd machten“, von „Hänen“, die „den armen Mädels die Kleider vom Leibe rissen und sie nackt an den Haaren über die Straße hinstreiften“, von „entmenschten Weibern“, die einer Toten „ins Gesicht spudten“ und sie „mit Füßen traten“, von einem „Volkshäufen“, der „einigen deutschen Frauen die Kleider abriß, sie über den ganzen Körper schwarz anstrich und sie in diesem furchtbaren Zustand fast nackt wieder davonlaufen ließ“. Darstellungen, die in der Aufregung der ersten Tage und Wochen nach Kriegsausbruch erzählt und wiedergeschrieben wurden, sind in die rasch fertig gemachte Sammlung aufgenommen worden. Bismarck eine zuverlässigste Prüfung versucht worden ist, wird darin nicht gesagt. In ihr finden sich auch Nachrichten, wie die von der angeblichen Ermordung des deutschen Hotelbesizers Weber in Antwerpen oder die von dem angeblich durch Augenansichtung gekendeten deutschen Soldaten, die in einem Hospital zu Kachen liegen sollten. Daß diese Behauptungen inzwischen als untauglich erwiesen worden sind, wissen unsere Leser. Ob die in dem Buch wiedergegebenen Greuelthaten wahr sind oder nicht, das ist schließlich nicht mal ausschlaggebend für die Frage, die uns beschäftigt. Darum handelt es sich, ob die Schilderung solcher Scheußlichkeiten eine geeignete Lektüre für noch schulpflichtige Kinder sein kann. Wir meinen, daß die Antwort unter allen Umständen lauten muß: Nein! Uns ist unbegreiflich, wie der Lehrer den Vorkurs tun konnte, dieses Buch seinen Schülern zu überlassen. Es paßt sehr schlecht zu dem, was die deutsche Lehrerschaft von Jugendchriften gefordert hat. Und mit Recht wehrt die Familie sich dagegen, daß Kindern derartiges in die Hände gegeben wird.

Verbot der Fühlfahrt.

Auf Anordnung des Oberkommandos in den Marken wird im Landespolizeibezirk Verlin die Veranstaltung sogenannter Fühlfahrt mit Gefangenen und sonstigen Vorträgen in den Kabarett-, Cafés und Restaurants an den Nachmittagen verboten. Die Reviere werden angewiesen, hiervon die Wirte sofort in Kenntnis zu setzen und die Durchführung der Anordnung zu kontrollieren, insbesondere auch dahin, daß letztere nicht durch Darbietung von Vorträgen einzelner Künstler umgangen wird.

Berlin, den 15. Februar 1915.

Der Polizeipräsident
v. Jagow.

Arbeitermangel.

Wiederholt hat die Presse Klagen von Arbeitgebern abgedruckt, wonach in verschiedenen Betrieben sich ein so großer Arbeitermangel bemerkbar mache, daß es kaum möglich sei, die Betriebe aufrecht zu erhalten. Besonders häufig wurden diese Klagen von Speditionen und Verkehrsfirmen erhoben. Auch die „Spandauer Zeitung“ druckte kürzlich eine solche Klage einer größeren Speditionsfirma ab. Das hat die Spandauer Filiale des Transportarbeiter-Verbandes veranlaßt, die Gründe darzulegen, die zu dieser Mangelzustand geführt haben. Als Hauptursache wird die überaus lange Arbeitszeit dieser Betriebe bezeichnet. Diese beginnt für die Arbeiter morgens um 4 1/2 Uhr und endet erst weit nach 8 Uhr abends. Rechnet man von dieser Zeit eine zweistündige Pause ab, so verbleibt noch immer eine tägliche Arbeitszeit von 13 1/2 Stunden. Außerdem muß noch Sonntags gearbeitet werden. Der für diese Leistungen gezahlte Lohn ist aber sehr gering. So erhalten Arbeiter nur 20 M. wöchentlich, was einem Stundenlohn von circa 35 Pf. entspricht.

Aus diesen dargelegten Gründen ist es daher keinen Arbeiter zu verübeln, wenn er sich lohnendere Beschäftigung sucht. Ja, die jetzigen teuren Lebensverhältnisse zwingen ihn geradezu, im Interesse seiner Familie sich solche Beschäftigung zu beschaffen.

Familiengräbde.

Der 65jährige Arbeiter Hr. Kapphagst und seine 34jährige Tochter, die im Hause Gräffstr. 36 wohnten, waren schon seit zwei Tagen nicht mehr gesehen worden. Die in dieser Zeit erschienenen Zeitungen lagen noch vor der Tür. Nachbarsleute schöpften Verdacht und holt die Polizei, die die Wohnung öffnen ließ. Beim Betreten derselben sah man den alten Mann an der Stubentür hängen, die Tochter hing an der anderen Seite derselben Tür. Bei beiden war der Tod schon seit mehreren Stunden eingetreten. Nach Aufzeichnung der Lebensmühen sind sie freiwillig in den Tod gegangen, weil auch Frau Kapphagst und eine andere Tochter Selbstmord verübt hatten. Frau Kapphagst sprang im August vergangenen Jahres in einem Anfälle nervöser Ueberreizung aus dem Fenster ihrer Wohnung und fand so den Tod. Die verheiratete Tochter Klara, Mutter von zwei Kindern, nahm sich im September das Leben, nachdem ihr Mann zum Meeresdienst eingezogen worden war.

Spät entdeckter Doppelselbstmord.

Gestern abend wurden in dem Hause Dresdener Straße 32 der 25 Jahre alte Arbeiter Fritz Peters und seine 24 Jahre alte Ehefrau Emma geb. Puhle in ihrer im dritten Stockwerk des Seitenflügels belegenen Wohnung erschossen im Bett liegend aufgefunden. Nach dem Befunde hat der Mann seine Frau und sich selbst vor vier Wochen erschossen. Seit dem 15. Januar liegen die Leichen in der Wohnung, ohne aufgefunden zu werden. Ueber die Tragödie erfahren wir folgende Einzelheiten: Peters, der von Beruf Kraftwagenführer war, wurde bei Kriegsausbruch als Reservist sofort eingezogen. Bevor er ins Feld ausrückte, ließ er sich mit seiner Frau nottrauen. Vor Weihnachten wurde er eines Nervenanfalls wegen nach Hause beurlaubt. Die Krankheit verschlimmerte sich aber und machte den jungen Ehemann lebensüberdrüssig. Er überredete seine Frau, mit ihm freiwillig aus dem Leben zu scheiden, am 15. v. M. erschöb er sie, wahrscheinlich mit ihrem Einverständnis, und dann sich selbst. Seit diesem Tage wurde das Ehepaar im Hause nicht mehr gesehen. Die Nachbarn glaubten, daß der Mann wieder seinen Truppenteil aufgesucht und die Frau sich zu ihren Eltern begeben habe. Gestern abend nun fanden Angehörige das Ehepaar tot auf. Aufzeichnungen vom Ehemann lassen erkennen, daß obige Gründe ihn veranlaßt haben, sich und seiner Frau das Leben zu nehmen.

Auslegung der Gemeindegewählertlisten in Steglitz.

Die Wählerlisten liegen vom 16. Februar bis einschl. 2. März an den Wochentagen von 8-11 Uhr und von 5-7 Uhr, an den Sonntagen von 11 1/2-12 1/2 Uhr im Zimmer 54 des Hauses Schloßstraße 96 (Hinterhaus 2 Tr.) zur öffentlichen Einsichtnahme aus.

Wer sind die Toten? Aus der Havel wurden in den letzten Tagen die Leichen einer männlichen und einer weiblichen Person gelandet. Das Mädchen ist etwa 1,60 Meter groß, hat schwarzes Haar und trug ein schwarzes Kleid mit weißem Einsatz und einen gelblich gestreiften Unterrock. Sein weißes Taschentuch ist A. N. oder A. D. gezeichnet. Der Mann ist ungefähr ebenso groß, hat blondes Haar und dunklen kleinen Schnurrbart und trug ein schwarzes Jackett, eine braunschwarze Tuchweste und Arbeitshosen.

„Der Wahre Jakob“ gelangt morgen Freitag in die Hände der Abonnenten. Die Ausgabe für Händler erfolgt bereits in der Nacht

von Donnerstag zu Freitag von 11 Uhr morgens ab in der Expedition des „Vorwärts“, Lindenstraße 3.

Im Poffen-Theater (Folies Caprice) müht sich allabendlich eine gut eingespielte Gesellschaft ab, um dem Publikum in dieser schweren Zeit auch einige humorvolle Stunden zu verschaffen. Die Objekte, an denen sich die Künstler versuchen müssen, sind aber nicht leicht zu behandeln. Die drei Schwänke: „Norig wird energisch“, „Sprachstunde“ und „Ein angenehmer Herr“ enthalten so viele Plattheiten, daß es tatsächlich ein Kunststück ist, das Publikum zum Lachen zu zwingen. Aber der Kunst der Herren Martin Kettner, Erich Schönfelder und Max Dorrwitz sowie der Damen Kella Mettschlag und Henke gelingt die schwierige Aufgabe. Das Publikum lacht und klatscht, daß es nur so eine Art hat.

Ein Damenportemonaie mit Inhalt ist Mittwoch morgen in der Orfidenallee gefunden worden. Der Verlierer kann sich beim Portier des Hauses Köpenicker Str. 80/82 melden.

Kleine Nachrichten.

Ein Vielseitiger.

In einem Neckenburger Blatt findet sich folgende Anzeige: „Alleinstehender Herr, 67 Jahre alt, pro Monat 50 Mark Pension, stets humorvoll und heiter, kein Raucher und Trinker, Alkoholfeind, fängt im Sommer täglich Frühe, Kalle, Krebs, genießt im strengsten kalten Winter den schönsten Gesang der Vögel, Sprosser, Drossel und Nachtigall, auch des Abends bei hellem Lampenschein bis spät in die Nacht hinein. Nahe alle kleinen Reparaturen: Maurer, Schlosser, Klempner, Obstbäume pflücken, Rosen okulieren, Blumenparadiese anlegen, Sterne, Runderle und Herzen in schönster Farbenpracht. Kleinstehende Dame oder Witwe oder Leute, die das alles unentgeltlich genießen wollen und mich gebrauchen können, sowie nicht weit vom Wasser wohnen, ganz gleich, ob in der Stadt oder auf dem Lande, Möbel, Ofen und 80 Rosen bringe ich mit, bitte ich, aufrechtige Briefe an ... zu senden.“ Dem vielseitigen Interenten wird es wohl nicht schwer fallen, den gewünschten Anschluß zu finden.

Im Getriebe der Dreschmaschine getötet.

Ein gräßlicher Unglücksfall hat sich auf dem Gute der Witwe Nhlitz in Jänickendorf ereignet. Beim Dreschen von Getreide stürzte die Braut des Sohnes der Besitzerin, die 23 Jahre alte Martha Jochan, auf der Maschine stehend, in das Getriebe hinein; sie wurde so schwer verletzt, daß sie wenige Minuten später starb. Der Bräutigam der Verunglückten befindet sich im Felde.

Einen reisenden Wohnungseindbrecher

hat die Kriminalpolizei in Halle unschädlich gemacht. Der Verbrecher, ein 27 Jahre alter früherer Postgehilfe Hermann Meyer reiste mit großem Gepäck, trat sehr elegant auf und wohnte dem entsprechend auch nur in Hotels ersten Ranges. Die Einbrüche verübte er fast ständig auf Grundstücken mit Vorgärten oder solchen, auf denen er über Hinterland an die Fenster im Erdgeschoß heran kommen konnte. So suchte M. seit Anfang Oktober vorigen Jahres nach seinem eigenen Verständnis unter anderen Wiedeburg, Wolfenbüttel, Minden, Oldenburg, Hamburg, Gotha, Göttingen, Bremen, Lübeck, Weimar, Meiningen, und Amdorf heim. Nach Papieren, die man bei ihm fand, ist er aber auch in Stralund, Kiel, Greifswald, Lüneburg, Harburg, Erfurt, Leipzig, Eisenach und Sondershausen gewesen. In Berlin wohnte er nacheinander in drei großen Hotels. In seinem Gepäck fand man außer einem ziemlich breiten und einem etwas schmaleren Brecheisen und einer großen Menge Schlüssel auch eine ganze Anzahl Stadtpläne mit Einzeichnungen und Aufzeichnungen über wohlhabende Einwohner, denen er seinen nächtlichen Besuch entweder schon abgestattet hat oder noch abzustatten gedachte.

Extrablatt-Schwindel.

Wie die gegenwärtigen Kriegereignisse mitunter zu einer widerlichen Sensations- und Geldschneiderei benützt werden, zeigt folgende Notiz der „Mannheimer Volksstimme“: „Alle Schreibereien und Warnungen für das Publikum, den Extrablatt-Kummel nicht zu unterstützen, nützen nichts. Immer wieder steigt die Neugierde, man will das „Neueste“ wissen; das „Neueste“ ist dann gewöhnlich schon ziemlich alt, oder aber die Nachricht, die der Leser übermitteln bekommt, ist den Großteil oder Sechstel nicht wert, der dafür ausgegeben wurde. Wie gesagt, trägt die Hauptschuld daran das Publikum, welches eben Sensation liebt. Wir haben früher schon von Mannheim einige Fälle angeführt, wie durch sensationelle Ueberschriften und Aufmachungen das liebe Publikum hereingelegt wird; es sei uns gestattet, jetzt einen ähnlichen Fall aus Heidelberg nach der „Schweizer Ztg.“ zu registrieren. Wir lesen da:

„Der gesamte russische Generalstab gefangen genommen. Eine lebhafteste Erregung hatte sich gestern (Sonntag) der hiesigen Einwohnererschaft, sowie derjenigen der benachbarten Ortschaften bemächtigt. Aus Heidelberg hatten Reisende die Nachricht mitgebracht, daß dort die Meldung von der Gefangennahme des gesamten russischen Generalstabs verbreitet sei, und daß darob in ganz Heidelberg freudige Begeisterung herrsche. Alle unsere Hinweise darauf, daß die Nachricht jeder Begründung entbehre, fruchteten nichts, da von den Reisenden zahlreiche Extrablätter der „Heidelberg Zeitung“ mit nach hier gebracht worden waren. Durch einen Blick auf eines dieser Extrablätter überzeugten wir uns, daß es sich wieder einmal um solch eine unbegründete Alarmnachricht handelte, wie sie aus Heidelberg schon des öfteren gekommen waren. Abgesehen davon, daß es den journalistischen Gepflogenheiten direkt zuwiderlaufend ist, Nachrichten, die schon vormittags in den Morgenzeitungen standen, nachmittags als Extrablatt zu verbreiten, ist das Extrablatt der „Heidelberg Zeitung“, gelinde gesagt, ein grober Unfug. In fetten Lettern schreibt die „Heidelberg Zeitung“ über ihr „Extrablatt“: „Der gesamte russische Generalstab gefangen“ und bringt darunter eine Meldung, die mit der Ueberschrift in keiner Weise harmonisiert. Wer nur einigermaßen etwas von militärischen Dingen versteht, der muß sich sagen, daß sich der gesamte russische Generalstab nicht in einem kleinen Orte der Bukowina aufhält, und ferner, daß die Gefangennahme einiger Stabsoffiziere einer Armeeabteilung nicht die Gefangennahme des gesamten Generalstabs des russischen Heeres bedeutet. Wir sind nun weit davon entfernt, anzunehmen, daß die „Heidelberg Ztg.“ dieser geringen militärischen Kenntnisse ermangelt, sondern wir vermuten richtiger in der Annahme zu sein, daß es sich wieder einmal um einen der frassensten Fälle der Sensations- und Geldschneiderei (das Extrablatt kostet 10 Pfennig) handelt.“

Vielleicht hält die „lebhafteste Erregung“, die die Tatarennachricht in Heidelberg angerichtet hat, an und die Käufer des „Rechnungsextrablattes“ machen in Zukunft gegen diese mit Recht gezeigte „Sensations- und Geldschneiderei“ Front, d. h. sie kaufen hinfort keine Extrablätter mehr.

Verhängnisvolle Schneefälle in Südtirol.

Infolge der ungeheuren Schneefälle werden aus Südtirol zahlreiche Hauseinstürze gemeldet. In Danno wurden zwei, in Castagno eine Person von einstürzenden Trümmern begraben; alle drei sind tot. Der Bahnverkehr leidet noch immer unter den niedergehenden Lawinen. Zwischen Mezzolombardo und Malo ist der gesamte Verkehr bis Sonntag eingestellt.

Parteiveranstaltungen.

Johannisthal. Heute, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung des Arbeitervereins im „Arbeiterheim“, Restaurant Lindenhof, Friedrichstraße 61. Tagesordnung: Bericht der Kreisgeneralsammlung, Bericht der Gemeindevorstände.

Mitroch. Sonntag, den 21. Februar, nachmittags 3 Uhr, findet im Adlershofer Gesellschaftssaal, Bismarckstraße 29, eine Kirchenvorstellung mit Lichtbildern statt. Eintritt: Kinder 5 Pf., Erwachsene 10 Pf. Abends 7 Uhr, ebenfalls da: Großer Lichtbildervortrag („Bilder vom Kriege“). Eintritt 10 Pf.

Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Donnerstag, abends 6 Uhr, im Rathhaus, Mölendorferstraße.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählter ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage der Buchhandlung Vorwärts sind erschienen: Band 4. **1. R. Kommunale Kriegsfürsorge.** Berlin 1915. Preis 1 M. 2. Ausgabe 0,50 M. Die Kriegsfürsorge der Gemeinden wird hier zum ersten Male auf Grund amtlicher Unterlagen systematisch dargestellt und kritisch besprochen.

Die Dokumente der Regierungen der kriegsführenden Staaten. Von Eduard Bernheim: 1. Das deutsche Reichbuch. Preis 30 Pf. 2. Das englische Reichbuch: Die Geschichtsbearbeitung und die Erklärung der Minister. Preis 30 Pf. 3. Das englische Reichbuch: 2. Der Doppelwechsel des britischen Auswärtigen Amtes. Preis 50 Pf. 4. Das russische Reichbuch. Preis 30 Pf. — Als nächstes Heft wird das belgische Reichbuch folgen.

Geldrechnung. Rappe mit Entwürfen für Glasgemälde und Reliefarbeiten. Herausgegeben vom Künstlerbund für Relief- und Glasmalerei. Selbstverlag, Berlin, Koldknechtstr. 5.

Geistliche Kriegsfürsorge. Annalen- und Hinterbliebenen-Fürsorge. Von J. Pahl. 50 Pf. J. Wilm, Nürnberg-Büch. **Krieg und Schule.** Von H. Mathias. (Zwischen Krieg und Frieden 16.) 80 Pf. S. Hirzel, Leipzig.

England in Gefahr. Frei nach dem Englischen des Sir Arthur Conan Doyle. Von H. Schöpe. 1 M. — A. Curtius, Berlin W. 35.

Kulturarbeit im Lazarett. Herausgegeben von der Abt. 28 der Zentralstelle für freiwillige Vredstätigkeit Dörfelhof. 50 Pf. — A. Bagel, Düsseldorf.

Die Agrarreform in Irland. ihre Ursachen, ihre Durchführung und ihre Wirkungen. Von J. Rortens. (Staats- und sozial. Forsch. Herausgeber: G. Schmoller u. R. Stiering, Heft 177.) Geh. 7 M. Duncker u. Humblot, München und Leipzig.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3. IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage ist ein Buchstabe und eine Zahl als Bezugszeichen beizufügen. Persönliche Antworten werden nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen frage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

C. N. Das ist nicht ausgeschlossen. — **Otto Schulz.** Die Höchstpreise sind inzwischen um 1,75 M. pro Zentner erhöht worden. — **H. 9.** 100. Solche Abgabestellen sind nicht bekannt, daher auch nicht deren Bedingungen. — **Egner.** 1000 Millionen. — **H. B.** Darüber sind Bestimmungen bis jetzt noch nicht erlassen. — **H. 25.** **Wiederschraube.** Ist nicht besonders zu empfehlen, da bessere Karriere längeres und kostspieligeres Studium voraussetzt. — **M. 103.** 27,7 Kilometer. — **Jäg. 3.** Unseres Erachtens ist vor Vertiefung einer öffentlichen Bekanntmachung erforderlich. — **H. G. 315.** Wir empfehlen Ihnen Abends-Güter, „Die Elektrizität für Junge“, Preis 4,80 M., und „Die Wunder der Elektrizität“, Preis 3 M. Zu beziehen durch die Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 3. — **W. 2.** 28. 1. Prof. Blasko empfiehlt Kaputtin in Form silberprozentiger Salbe, Prof. Herzog empfiehlt Arotopulver. 2. Die Arotopulver müssen Sie zahlen. — **H. 8.** 54. Das ist möglich. — **H. C. 27.** Wegen Krankheiten des Auges nur laubstumpfsichtig. — **H. 2.** 101. Ja, Sie können auf Schadenersatz klagen. — **H. 3.** 28. Ihre Frage ist nicht recht verständlich. — **H. 103.** Sie können gegen die Stadt klagen werden. — **M. P. 100.** Ja. — **M. 2.** 200. Das dürfte zunächst die Direktion der Strafanstalt sein. — **M. 5.** 80. Das kommt auf die Bestimmung des Mietvertrages an. Wenn bestimmt ist, daß bis zum 15. d. Mts. die Kündigung zu erfolgen hat, ist sie rechtsgültig. — **H. 2.** 30. Bei einem Kinde sollen 7,50 M., bei zwei Kindern 5 M. Mietbeihilfe gezahlt werden. Für November bis April sind die Frau 24 M. Reichunterstützung bekommen, dazu kommt in Berlin ein kommunaler Zuschlag in gleicher Höhe. — **Z. N. 84.** 1. Fern. 2. und 3. Ja. — **G. 8.** 8. Bei der Gefährlichkeit des Objekts wäre in der jetzigen Zeit eine Klage nicht zu empfehlen, zumal der Erfolg für Sie zweifelhaft ist. — **H. 40.** Der Betrag erscheint uns angemessen. — **H. N.** Sie können doch die Gegenstände selbstverständlich nur einmal verpfänden. — **H. 2.** 26. Die Frau muß Sie gegen Krankheit und Invalidität versichern. — **Krantheit 1883.** Die Angabe Ihrer Krankheit wird genügen, um Sie vom Militärdienst zu befreien. — **G. 2.** 24. Wegen chronischer Nervenkrankheit dienstuntauglich. — **Tegel 16.** Wahrscheinlich Sandstr., garnison- und seelbienstfähig. — **M. G. 35.** Die Frau soll unter Angabe der Gründe bei der Stadtgemeinde Befreiung oder Bezahlung beantragen. — **Norden 24.** Ja. — **H. 40.** Wenn der Wert die Kündigung am 28. erhalten hat, ist sie gültig. Der Wert ist im Irrtum, wenn er meint, die Kündigung bloß bis um 12 Uhr annehmen zu brauchen; er kann daher Ihren Auszug nicht verhindern.

Amlicher Marktbericht der holländischen Marktstellen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. (Cäne Verbindlichkeit.) Mittwoch, den 17. Februar. Preis: Rindfleisch per 50 kg, Ochsenfleisch Ia 83-85, da. Ia 74-82, da. IIIa 70-73; Bullenfleisch Ia 70-84, da. Ia 68-76; Rinde, fett 62-68, da. mager 51-58, da. dünnfleisch 48-60; Ferkel 60-72, Ferkel, dünnfleisch, 50-65, Ferkel, dünnfleisch, 55-70; Kalbfleisch, Doppelfleisch 120-130; Mastfäher Ia 80-90, da. IIa 65-75; Kälber, ger. gen. 45-55. Hammelfleisch: Rindfleisch 90-100; Hammel Ia 81-90, da. IIa 78-80; Schafe 80-90. Schweinefleisch: Schweine, fette 96-105, sonstige 82-96, dän. Sauen 72-75, dän. Schweine 75-80. — Gemälde, inländisches: Kartoffeln, Daberische 50 kg 0,00; weisse Kaiserkrone 0,00; Magnum bonum 0,00; Voltmann 0,00-0,00; Vorree, Schod 0,70-1,50; Sclerie, Schod 5,00-10,00; Spinat 50 kg 12,00-24,00; Mohrrüben 6,00-7,00; Birjnglobi Schod 8,00-14,00; Birjnglobi 50 kg 9,00-10,00; Kollfoll, Schod 8,00-15,00; Kollfoll 50 kg 9,00 bis 10,00; Grüntofel 50 kg 10,00-12,00; Rohrüben 50 kg 5,00-6,00; Zeltower Rüben 50 kg 12,00-16,00; Märkische Rüben 50 kg 4,00-12,00; Rosenfoll 50 kg 20,00-30,00, Neerretich Schod 5,00-14,00; Petersilienwurzel Schodfuss 4,00-6,00; Zwiebeln 50 kg 15,00-16,00; Khabarber, Hamburger, 100 St. 8-14. Apfelfellen: italienische 50 kg 8,00-14,00, dito 200 St. 8,00-9,00, 300 St. 9,00-10,00, Murcia 200 St. 8,00-13,00, dito 300 St. 10,00-15,00, Messina 160 St. 10,00-12,50, 200 St. 8,00-13,00, 300 St. 8,00-15,00. Refina Blau-80 St. 8,50-9,00, da. 100 St. 7,00-8,75, da. 150 St. 7,00-10,00. Spanische 420 St. 18,00-30,00, da. 714 St. 20,00-23,00, da. 1064 St. 22,00-25,00, da. 420 St. large 23,00-40,00.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutsche Land bis Freitagmittag: Ueberall mild, im Südosten zunächst noch viel nach heiter, in den anderen Gegenden größtenteils bewölkt, westlich der Ober- und an der Küste etwas härtere, sonst nur vereinzelt geringe Niederschläge, hauptsächlich Regen.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

Freitag, den 19. Februar 1915, abends 8 1/2 Uhr, im Musiker-Vereinshaus, Kaiser-Wilhelm-Str. 31:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1914. 2. Geschäftsbericht vom 1914.

3. Neuwahl der Ortsverwaltung. 4. Verschleiden.

Wir ersuchen die Kollegen und Kolleginnen, pünktlich und vollständig zu erscheinen. Wer länger als 6 Wochen mit seinem Beitrage im Rückstande ist, hat keinen Einlaß zur Versammlung.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Beiträge werden am Saaleingang entgegengenommen.

187/1* Die Ortsverwaltung.